10. Ausgabe // WiSe 2012/13

ump9

Das Magazin für den Fachbereich Sozialökonomie

AUFWACHEN!

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser

eine neue vmp9!
Eigentlich sollte sie sich ja mit den Jubiläen befassen, die da wären 25 Jahre Knallhart und 60 Jahre GdFF. So hätte ich fragen wollen, wer sich bei uns am Fachbereich denn wohler fühlen würde, die Gründer der GdFF oder die Gründer des Knallharts?

Eigentlich wäre ich zu dem Schluss gekommen, dass den Gründern der GdFF die Umgebung viel vertrauter wäre, als den Gründern des Knallharts. Werden dem Vernehmen nach die neuen Studierenden doch mit einem Appell an Ordnung, Sauberkeit und Fleiß begrüßt. Entwickeln sich doch anscheinend wieder die alten Prinzipien der Ordinarienuniversität mit dem Professor als Mittelpunkt, der einen kleinen Hofstaat besitzt und dort fröhlich seine Assistentinnen und Assistenten regiert. Naht ihr Euch schon wieder schwankende Gestalten …
Die Gründergeneration des Knallharts würde sich die Augen reiben und fragen, was aus ihrer HWP geworden ist, wenn nicht – ja wenn nicht das Heft diesmal ein bisschen anders wäre.

Weniger freundlich, weniger unterhaltsam, dafür politischer. Die Autorinnen und Autoren fragen, wie es weiter geht, was von dem Grundgedanken des Studienganges überbleibt. Sie nehmen sich die Freiheit zu hinterfragen – ganz im Sinne des humboldtschen Bildungsideals, das der Präsident der Hamburger Universität in einem Artikel der „Zeit“ postuliert. Der Aufruf, die Universität auch als Ort des „unbedingten Widerstandes“ zu sehen, passt so auf das schönste in diese Ausgabe. Wir danken dem Autor und der Wochenzeitung hier nochmals für die Genehmigung zum Nachdruck.

Die Autorinnen und Autoren scheinen auch den Aufruf eines Vorstandsmitgliedes der GdFF, doch endlich die Signale zu hören, direkt umgesetzt zu haben. Vielleicht würde sich die Knallhartgeneration doch ganz wohl fühlen an dem heutigen Fachbereich …

Viel Spaß beim Lesen wünscht
Jochen Brandt

vmp9

10. Ausgabe // WiSe 2012/13

INHALT

VMP9 (R) EINBLICK

6 Pro Sozialökokonomie! Oder?
7 Wer bist du und was willst du hier?
8 Warum nicht mal ofizieller Beschiss?
9 Post aus der HWP
10 Wer bist du und was willst du hier?
12 Geschichte des Fachbereichs Sozialökonomie
14 Statement der GdFF

CAMPUSLEBEN

15 Im Test: Leet Mate
16 Studieren unter Druck

TITEL

18 Umfrage „Sind Studierende unpolitisch?“
20 Politik in der Uni

LEHRE&FORSCHUNG

21 Dozenteninterview Rainer Volkmann
23 Kifmann Wissenschaftspreis
24 Hört endlich die Signale
26 Humboldt aufpoliert
27 Vom Verlust des politischen in der VWL
28 „Er könnte ja klagen“ - Interview mit Peter Birke

KULTUR

30 Wie viel Kultur passt in einen Tag?
31 Rechtsextremismus in der Gegenwart

HOCHSCHULPOLITIK

32 Arbeitskämpfe
33 Geschichte wiederholt sich
34 Streitschrift gegen Streitschrift gegen den Streik
35 GdFF - Prämierung

PRO SOZIALÖKÖNOMIE! ODER?

TEXT **DANIEL GOSCH**

„Der Fachbereich ist in Gefahr“ - eine Aussage die ähnlich häufig vernommen wird wie „Rentner müssen sich auf Nullrunde einstellen“ oder „in Deutschland herrscht Fachkräftemangel“. Das beständige Gefühl, dass der Fachbereich in Gefahr ist kommt nicht von ungefähr, denn wer viele positive Errungenschaften besitzt, kann sie halt ebenso schnell auch wieder verlieren.
Diesmal zeigt sich jedoch eine andere Dimension der Bedrohung. Wurde sonst verängstigt vom Dach der HWP auf die vielseitigen Gefahren von Außen herabgeschaut (egal ob sie aus den Nachbargebäuden, dem Uni-Präsidium oder dem fernen Rathaus kamen) und gelegentlich gegen Kürzungen, Eingliederung oder Exzellenzbestrebungen protestiert, so sitzt die Gefährdung diesmal im „eigenen Keller“ und vergreift sich fröhlich am Fundament unserer Sozialökonomie. Dieser Kampf gegen innere Gefahren ist schwer zu führen, vor allem weil es sich um einen leisen, fast schleichenden Prozess handelt.
Es gibt vier Problemfelder, an- und ausgesprochen von der Initiative „Pro-Sozialökonomie“ Mitte Mai, die über unseren Köpfen schweben (ein lieber Gruß an Cicero und seine Schwertgeschichte). Hierbei dreht es sich um den offenen Hochschulzugang zu unserem Fachbereich, die Interdisziplinarität von Lehre und Forschung, die fehlende Transparenz in den Entscheidungen über unseren Fachbereich sowie die Vorkommnisse um das Fach „Politische Geschichte“.

Obwohl am offenen Hochschulzugang offiziell nicht gerüttelt werden soll, wird derzeit versucht die Aufnahmeprüfung zu „optimieren“, um vorhandene Defizite bei Bewerbern besser feststellen zu können. Begründet wird diese Grundannahme von Defiziten bei Nicht-Abiturienten damit, dass laut Aussage von Prodekan Arnold „viele“ Studierende im 2. Studienjahr wahlweise „vor eine Wand laufen“ oder „vom Hammer getroffen werden“. Die Reformation der Aufnahmeprüfung soll dazu dienen, dass durch frühzeitige Feststellung und die damit verbundene Selektion, der Übergang vom 1. zum 2. Studienjahr erleichtert werden soll. Was als positive Errungenschaft für die Studierenden bewertet werden könnte, bekommt einen schalen Geschmack wenn die derzeitige Durchlässigkeit unseres Studiengangs betrachtet wird. Wenn wir im letzten Semester eine Abbrecherquote von 13 % hatten und bei uns im Hause 40 % aller Bachelorabschlüsse der Universität Hamburg erworben werden, wo treten hierbei die massiven Defizite auf?

Wo ist die Wand? Wo sind die Hämmer? Oder geht es etwa um fehlende Exklusivität? Sind höhere Abbrecherquoten ein Zeichen für höhere Qualität? Steigt das Ansehen derjenigen, die dieses „survival of the fittest“ überstehen?

Beim zweiten Schauplatz dreht sich derzeit alles um das Zauberwort „Interdisziplinarität“(siehe S.24) . Ein Anspruch an Lehre und Forschung, welche sich heutzutage mitten „im Trend“ befindet. Ein Aufhorchen gab es, als unser frischgebackener Fachbereichssprecher Holger Lengfeld (Glückwunsch!) in einem Brief statt von Interdisziplinarität von „Multidisziplinarität“ sprach, also der Auseinandersetzung mit den Einzeldisziplinen nebeneinander her. Mit der nicht ganz falschen Begründung, dass es derzeit eh keine interdisziplinäre Lehre gäbe, muss sich natürlich zwingend auseinandergesetzt werden. Interdisziplinarität findet bei uns im Fachbereich, mit der Ausnahme weniger Lichtblicke, definitiv nicht statt. Dies ist zum einem dem Faktor geschuldet, dass in den letzten Semestern viele „altgediente“ Lehrende unsere Einrichtung verlassen haben und große Lücken in der interdisziplinären Erfahrung hinterlassen haben. Zum anderen jedoch, und dies ist der Schuh den sich auch die Studierenden anziehen lassen müssen, wurden neue Lehrende nicht konsequent in den interdisziplinären Ansatz unseres Studiums „gedrängt“. Ein Studium mit unserem Anspruch ist gerade keine Einbahnstraße, es ist eine wechselseitiges Lernbeziehung zwischen den Lehrenden und den Studierenden. Werden neue Dozenten (aber auch „ältere“) am Anfang des Semesters nicht deutlich darüber aufgeklärt, wie der interdisziplinäre Hase bei uns laufen soll, so können wir uns am Ende des Semesters nicht darüber beschweren, wenn wir zwar einen fundierten, aber eindeutig monodisziplinären Einblick in eine Thematik bekommen haben. Die Rechnung, weswegen wir das ominöse Wort mit „I“ unbedingt in der Lehre und Forschung brauchen, ist einfach. Fällt die Interdisziplinarität, gibt es auch keinen Grund mehr dafür, ein eigenes Gebäude innerhalb der Universität Hamburg zu „besetzen“ (ist gerade Sommer?). Die Wege der Sozialökonomie wären auf dem Campus nicht weit, also wäre die Auslagerung der einzelnen Disziplinen zu ihren Mainstream-Familien in die Nachbarschaft eine logische und leider auch berechtigte Schlussfolgerung. Der zweite Teil der Rechnung ist der, dass wir bekannterweise nicht die gleiche Tiefe in den einzelnen Disziplinen erlangen, wie die „reinen“ BWL-, VWL-, Soziologie- und Rechtsabsolventen. Qualitativ sind wir zwar auf einem Level, quantitativ sind wir jedoch deutlich unterernährt. Deshalb ist die interdisziplinäre Verknüpfung unglaublich wichtig, hier liegt unsere Stärke (und dies nicht nur für den Arbeitsmarkt).
Nun soll das letzte wirkliche interdisziplinäre Stützbein unseres Fachbereichs, der IGK, laut der Fachgebietssitzung Soziologie auch noch in einen reinen Methodenkurs verwandelt werden. Das Herzstück des ersten Studienjahres soll zum Kurs „Einführung in das wissenschaftliches Arbeiten“ mutieren und erhöht nochmals die methodische Schlagzahl unseres Studiengangs. Begründet wird dies damit, dass den Lehrenden die interdisziplinäre Ausbildung fehlt. Eine Begründung die, wenn sie nicht so schwerwiegend sein würde, ein schöner Lacher auf etwaigen Weihnachtsfeiern darstellen könnte. Wird diese auf die gerne herangezogene „freie Wirtschaft“ übertragen, so wird die Absurdität deutlich: „Wir haben derzeit keine Mitarbeiter, die mit dem vom Kunden gewünschten Werkstoff arbeiten könnten“ oder „Unserem IT-Bereich ist die Arbeit mit der geforderten Software nicht geläufig“ sind wahrscheinlich nicht oft ausgesprochene Sätze in großen Unternehmen. Spätestens nach dem ersten Misserfolg würden Arbeitnehmer zur Fortbildung geschickt werden, in der Hoffnung, künftig Anforderungen von potentiellen Kunden zu entsprechen. Statt darauf zu pochen, dass auch die IGK-Leitenden mal über den Tellerrand schauen, wird die Flinte lieber

gleich ins Korn geschmissen. Ein weiterer Kritikpunkt der Initiative war und ist die fehlende Transparenz in den Entscheidungen über unseren Fachbereich. Meist können Studierende an den Entscheidungen mitwirken, offiziell sind sie sogar dazu aufgerufen. Zynisch wird es jedoch, wenn Prodekan Arnold die fehlende studentische Partizipation beklagt. Selbstverständlich lässt die studentische Teilhabe zu Wünschen übrig(S.20), trotzdem müssen auch die Verhältnisse die hier aufeinander treffen betrachtet werden. Auf der einen Seite das Dekanat und die Lehrenden, welche sich in ihren bezahlten Aufgabenfeldern bewegen wenn sie beispielsweise in Berufungsverfahren über neue Kollegen entscheiden. Die andere Seite, „wir“, die wir neben Regelstudienzeit auch noch Arbeit, Familie und anderes Engagement unter einen Hut bringen müssen. Dass die Zeit für die Einarbeitung in gewissen Themen dauert, die Berufungsverfahren über einen ganzen Tag verteilt stattfinden, verschiedene Gremien sich mit großer Sicherheit überschneiden sind nur drei Faktoren, die hier mit hineinspielen. Eine wirksame Einflussnahme ist deshalb natürlich nahezu unmöglich, und so kommt es, dass Dozenten ins Haus gelassen werden, die am Berufungstag selber noch der Meinung sind sie würden sich bei dem reinen B.A. Soziologie bewerben. Der letzten Kritikpunkt beschäftigt sich mit den Vorkommnissen rund um das Fach ‚Politische Geschichte‘ im letzten Semester (S.28). Bei dem Fach ‚Politische Geschichte‘ geht es wie beim IGK um einen Stützpfeiler unserer Einrichtung, immerhin wurde der politische Anspruch ja sogar im Namen unserer Vorgängereinrichtung gewürdigt. Obwohl nie offiziell ‚Politik‘ auf dem Lehrplan stand, ist die politische Akzentuierung ein zentraler Punkt. Einige ‚ewigfortschrittliche‘ Dozenten und Dozentinnen argumentieren, dass die Wissenschaft unpolitisch sei und dementsprechend soll sich auch die Lehre anpassen. Wie Herr Volkmann für „seine“ Disziplin VWL aufgezeigt hat, ist die Wissenschaft nirgendwo unpolitisch. Immer wieder werden Meinungen übertragen, der Zeitgeist in der Forschung konserviert, und selbst neutral verfasste Studienergebnisse führen zu politischen Entscheidungen, welche sich dann auf die Gesellschaft niederschlagen. Umso wichtiger erscheint es doch, die Mechanismen zu kennen und zu erkennen. Ebenso wie die politische Akzentuierung ist die historische Kontextualisierung, beziehungsweise die Befähigung dazu ungeheuer wichtig. Sollte ‚Politische Geschichte‘ wirklich zur ‚Wirtschafts- und Sozialgeschichte‘ werden, wäre dies nicht das Ende des Fachbereichs. Wird der IGK zum reinen Methodenkurs, kann trotzdem noch interdisziplinär gelehrt und gelernt werden.
Erhöht sich unsere Exklusivität und die Qualität der Zugangshürden nehmen zu, werden trotzdem noch viele Menschen mit verschiedensten Herkünften ihren Abschluss im Bachelor Sozialökonomie machen können. Werden weiterhin zweifelhafte Entscheidungen über unsere Köpfe hinweg gefällt, ist die Demokratie doch nicht gleich abgeschafft. **Oder?**

"UNSER FACHBEREICH GIBT EINEN AUS"

TEXT **DANIEL GOSCH**

Manchmal scheint es, als wenn der Kampf zwischen Bildung und Finanzierung nahezu zeitlos existiert und auch nur noch des Kampfes wegen geführt wird. Bei jeder Wahl, jeder Podiumsdiskussion und zahllosen anderen Veranstaltungen im Wirkungsbereich einer Universität wird früher oder später dieser Kampf die entscheidende Thematik. Erst werden Defizite in Lehre und Forschung festgestellt, dann gibt es gelungene und weniger gelungene Lösungsvorschläge und schlussendlich ist die ganze Reform nicht finanzierbar. Ein Zustand, der für alle Beteiligten im höchsten Maße schwierig ist und trotzdem kann sich der geneigte Bingo-Spieler sicher sein, dass die Worte Bildung und Finanzierung beim nächsten Aufeinandertreffen wieder ein ganz sicherer Tipp sind.

Die Studierenden resignieren meistens und akzeptieren ihr Schicksal. Zwar gibt es Demonstrationen, Besetzungen und andere Aktionen um darauf aufmerksam zu machen, im Endeffekt jedoch werden unterbezahlte Lehrbeauftragte, überfüllte Räume am Semesteranfang und Studiengebühren hingenommen.

Umso ungläubiger ist die Reaktion, wenn festgestellt wird, dass unser Fachbereich Sozialökonomie anscheinend nicht alle zustehenden Kapazitäten ausnutzt. Laut dem öffentlich einsehbaren Kapazitätsbericht 2011/2012 der Universität Hamburg steht für die Lehre am Fachbereich ein unbereinigtes Lehrangebot von 683,75 SWS (= Semesterwochenstunden) zu Verfügung. Hiervon entfallen 490 SWS auf den Bachelorstudiengang Sozialökonomie. Von diesen 490 SWS werden jedoch nur 446,2 SWS in Anspruch genommen, im Detail 394 SWS für die Lehre und 52,2 SWS für die Aufwandsentschädigung der Abschlussarbeitsbetreuung (Annahme: Ca. 300 Zulassungen pro Semester mit einem Schwundfaktor von 0,87 und einer Aufwandsentschädigung von 0,2 SWS pro Bachelorarbeit).

Je nachdem, wie plakativ die Darstellung sein soll, fehlten also im Wintersemester 11/12 entweder 43,8 SWS oder eben 11 große bzw. 22 kleine Veranstaltungen im Lehrangebot. Diese Summe weist im konkreten Fall sogar „nur" auf den Bachelorstudiengang hin. Schaut man beispielsweise zusätzlich auf unsere 5 Master und die 2 BWL-Lehramtsstudiengänge im Fachbereich, so kommen die Rechnungen auf ca. 90 SWS fehlende Lehre, also ca. 13 % zu wenig.

Nun wird ja auch im Hause Sozialökonomie der Grundsatz gelehrt „Angebot gleich Nachfrage", weswegen einfach mal nachgefragt werden muss: Warum bekommen wir nicht das Lehrangebot, welches „uns" zusteht? Und vor allem, wo bleibt das nicht abgerufene Geld? Bemerkt die Verwaltung diesen Fehler gar nicht erst? Werden anderswo Löcher gestopft oder geht mit dem Geld irgendjemand Golf spielen? Interessiert sich der Landesrechnungshof eigentlich noch für so etwas?

Ein erster Anhaltspunkt ist ein Beschluss des Hochschulrates vom 5.12.2007 über die „Grundsätze für die Ausstattung und die Mittelverteilung an der Universität Hamburg gemäß § 84 Abs. 1 Ziffer 5 HmbHG". Wird die Tatsache zu Grunde gelegt, dass es seit diesem Datum keinen neuen Beschluss bezüglich diesem Sachverhalt gibt, kann dessen Aktualität angenommen und als angewandtes Prozedere gedeutet werden. Dieser Beschluss sagt nun, dass „auf Grund von nicht besetzten Stellen gebildete Rücklagen der Fakultät ‚gehören'-", also auf die Fakultätsebene zurückfließen und von dort aus frei verteilt werden können.

Könnte es also sein, dass die vom Fachbereich nicht in Anspruch genommenen Gelder direkt nebenan im WiWi-Bunker landen? Wird das dort herrschende, gute „Dozierenden-Studierenden-Verhältnis" etwa auf unsere Kosten gehalten?

Wir sponsern mit unseren Stunden also die anderen Fachbereiche – ganz offiziell mit Kapazitätsbericht. Herzlichen Glückwunsch. ■

WHERE IS CHRIS IN ANGER?!

Post aus der HWP

Lieber Manfred Hansen,
wie schaffen Sie es, ein so unbeliebtes Fach wie Mathematik zu unterrichten und gleichzeitig der beliebteste Dozent an der HWP zu sein? Wenn Sie den Saal betreten, ernten Sie schallenden Applaus. Ich glaube, ich weiß woran das liegt. Es ist Ihr ostfriesisches Gemüt. Ihre nordisch-noble Art. Ihre Bescheidenheit.
Sie haben die Ruhe eines Leuchtturmwärters, der die Seefahrer von der rauen See in den sicheren Heimathafen führt.
Sie besitzen die Gabe, Ihren Studenten die Angst vor den Zahlen zu nehmen. Für viele Studierende ist die Mathematik ein großer, weiter und endloser Ozean. Doch Sie navigieren ihre Schützlinge selbst durch den größten Zahlen-Tsunami bis an das sichere Ziel.
Bei Ihnen erleidet kaum jemand Schiffbruch. Dazu brauchen Sie kein Powerpoint, keinen neumodischen Schnick-Schnack.
Sie müssen sich nicht inszenieren. Ihnen genügt ein Stück weißer Kreide, die Tafel und Ihre sanfte Stimme.
Dozenten wie Sie gibt es kaum noch. Genauso wie den Beruf des Leuchtturmwärters.
Daher meine Bitte an Sie:
Bleiben Sie uns noch eine ganze Weile treu.

Herzlichst,
Ihr Hans Wagner P.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Gesellschaft der Freunde und Förderer des Fachbereichs Sozialökonomie (ehem. HWP) e.V. (GdFF)

Postanschrift:
Fachbereich Sozialökonomie,
Universität Hamburg,
Von-Melle-Park 9,
20146 Hamburg

Chefredaktion:
Daniel Gosch, Tilmann Seifert und Jonas Hammel

Grafik:
Niko Reimer und Niña Krüger

Fotografie:
Tilmann Seifert

Schlusslektorat:
Daniel Gosch, Tilmann Seifert, Jonas Hammel und Jochen Brandt

Unser besonderer Dank geht an alle Autoren!

Druck:
Druckerei Wulf

Auflage: 1.300

V.i.S.d.P.: Jochen Brandt

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder!

WER BIST DU UND WAS WILLST DU HIER?

TEXT **FRANK OSTERLOH**

Tja, wer bin ich. Und noch viel entscheidender: Wo will ich hin? Die Fakten sind soweit klar. Ich bin männlich, 36 Jahre und lebe seit drei Jahren in Hamburg. Vorher in einer mittelgroßen und etwas spießbürgerlichen niedersächsischen Stadt namens Oldenburg. Dort habe ich eine Ausbildung zum staatlich anerkannten Heilpraktiker gemacht, war selbstständig in der Werbebranche, habe in einem Bioladen gearbeitet und habe nebenbei jahrelang in der Gastro gejobbt. Und noch viel anderes Zeugs mehr, doch das sprengt den Rahmen dieses Artikels und ist auch nicht so wichtig. Als Mensch ging es mir mal besser und mal schlechter, mal hatte ich viel und mal ganz wenig Geld, mal mehr und auch mal weniger gute Freunde. Und nun bin ich hier.

Mein Vater irgendetwas zwischen entsetzt und hoffnungsvoll: jetzt will er auch noch studieren!? Auf jeden Fall übernimmt er die Studiengebühren und der Rest geht mit BAFöG und studentischem Aushilfsjob.

Doch was will ich hier? Ich bin jetzt im dritten Semester und habe in diesem Jahr das erste Mal die Organisation des Treffens für die Aufnahmeprüflinge am Sonntag vor den Prüfungen mit übernommen, erinnerte mich in diesem Zusammenhang an meine eigene Aufnahmeprüfung und die Ideen, die ich hatte als ich mich für dieses Studium entschied. Ich wollte unbedingt auf wissenschaftlichem Niveau etwas dazu lernen, soviel stand fest. Jahrelang hatte ich wie man so schön sagt „auf der Straße“ gelernt wie das Leben und die Berufswelt funktioniert, meist bin ich sogar relativ weit damit gekommen, doch nun wollte ich richtig studieren. Sozialökonomie war zugänglich durch die Aufnahmeprüfung, obwohl es auch andere für mich interessante Studiengänge gegeben hätte, allerdings nicht in Hamburg. Mich reizte der interdisziplinäre Ansatz, ein möglichst breites Spektrum statt Tunnelblick. Den Schwerpunkt Soziologie würde ich eines Tages gut mit meiner Ausbildung in der alternativen Medizin verbinden können, die anderen Teildisziplinen fand ich auch spannend, hatte ich doch in meiner Vergangenheit auf den meisten Fachgebieten bereits in der Praxis einige Erfahrungen gesammelt. Der aufmerksame Leser mag sich selbst zusammenreimen, wo, was und wie. Also los und auf zur Aufnahmeprüfung. Eigentlich nicht ganz so schwer, meine Befürchtungen waren schlimmer, das lag aber vielleicht auch daran, dass ich fünfzehn Jahre zur Schule gegangen war. Neben mir im Hörsaal fast 200 andere Menschen. Man glotzt links und rechts und schaut wer noch so da ist: eine **bunte Mischung aus Individuen mit verschiedenen Hintergründen und Nationalitäten. Spannend.** Ich bin also nicht alleine, frage mich aber schon damals: was wollen die wohl hier? Auch spannend, die Bandbreite der Möglichkeiten nach abgeschlossenem Studium groß. Dann in der OE die ersten intensiven Begegnungen mit meinen neuen KommilitonInnen (seit damals ist mir klar was meine damalige Freundin meinte, als sie sagte „an der Uni wird zu viel gegendert“ – aber okay, auch ein Thema über das man nachdenken und diskutieren kann, gilt es doch auch hierzu einen Standpunkt zu vertreten). Viele bekannte Gesichter aus der Aufnahmeprüfung und viele aus meiner Sicht ganz junge Menschen. Sehr spannend. Am zweiten oder dritten Tag (meine Erinnerungen sind etwas verschwommen durch die ersten gut organisierten Partyabende – danke nochmal an unsere super OE – TutorInnen!) dann die Aufgabe mit der Fragestellung: „Warum studierst Du Sozialökonomie?“. Gruppenarbeit mit fünf oder sechs Mitgliedern, bunt gemischt. Nun, dachte ich, wird´s interessant und das wurde es auch! Ein junges Mädel sagte: „Es gab zum Sommersemester Physik und das hier. Und da hab ich das hier genommen.“ Huch?! Na gut, sie ist jung. Als ich so alt war, bin ich hauptsächlich mit Kneipenjobs rumgetingelt, somit ist die Einstellung aus heutiger Sicht für mich zumindest nachvollziehbar, wenn auch nicht gut. Aber das weiß man ja meist erst später. Ein männliches Mitglied der Gruppe in meinem Alter (so zwischen 25 und 45) sagte: „Ich finde die ganze Politik scheiße, habe jahrelang am Fließband gearbeitet, will das jetzt nicht mehr und finde, dass alles allen gehören sollte.“ Wieder: huch?! Aber durchaus spannend, einer, der was will. Dann eine sehr ordentliche junge Frau zwischen 25 und 30: „Ich komme aus dem Hotelgewerbe und will jetzt BWL studieren, damit ich ins höhere Management kann. Mein ehemaliger Arbeitgeber nimmt mich wieder, wenn ich fertig bin.“ Huch? Nö, eigentlich nicht. Also eine dritte Kategorie – und das alles in einer kleinen Gruppe von fünf bis sechs Menschen. Heute bin ich Mitglied der offenen Liste des FSR und versuche, mich für die Inhalte unseres (meines!) Studiums einzusetzen und stelle fest, dass Gremienarbeit noch mehr graue Haare verursacht, als mir die zehn Jahre vor meinem Studium schon eingebracht hatten.

Das Studium an der ehemaligen HWP ist nicht das, was ich erwartet hatte. Ich blicke auf politische Hintergrundseilschaften, die bereits seit Jahren versuchen diesen Studiengang – um es freundlich zu sagen – „zu verändern“, böse Zungen behaupten, er solle eigentlich abgeschafft werden. Ich schrieb meine erste Hausarbeit im IGK über die Geschichte und den Wandel der Lehrinhalte der HWP von 1948 bis heute um etwas Licht in die Sache zu bringen und zu verstehen worum es hier eigentlich ging – und geht. So richtig habe ich es nicht verstanden, obwohl ich viele Stunden im Archiv für Hamburger Universitätsgeschichte zubrachte und mit einigen alten und jungen Professoren über dieses Thema gesprochen habe. So richtig verstehe ich es auch heute nicht. Ich sehe da Menschen agieren, die auf unterschiedlichen Ebenen etwas „zu sagen“ haben und an diesem Studiengang zerren. Aber in welche Richtung? Auch das ist mir nicht ersichtlich. Für wen? – schon mal gar nicht. Scheint‘s nicht für uns Studierende. Oder doch und wir kapieren‘s nur nicht? Ich bin entsetzt über so viel nicht regelkonformes Verhalten der Oberen, bin verwundert, dass es keine Kläger und Richter darüber gibt (krieg‘ ich doch für meine olle Möhre auf dem Abaton-Parkplatz ständig Strafzettel – hier scheint das System noch zu funktionieren).

Aber ich bin auch entsetzt über so viel Desinteresse. Situation Raumnot, WiSe 2011/12: Dutzende Studierende sprechen mich an, „Du bist doch im FSR, ihr müsst da unbedingt was machen!“, ich selbst versuche in meinen Grundkursen (Steh-)platz und Luft zu bekommen. Wir gehen mit immerhin 20 Menschen zur Fakultätsratssitzung und setzten die Oberen mal auf den Topf, so geht es schließlich nicht. Die versichern „sich der Sache anzunehmen“, wollen aber

auch von den Studierenden Lösungsvorschläge und Interaktion (ich bin heute sicher, sie wussten, dass sie uns mit dieser Forderung klein kriegen würden, kannten sie doch offensichtlich ihre Pappenheimer). Zwei Wochen später ein vom FSR offiziell angekündigtes Treffen im Foyer zu diesem Thema. Es sollten konstruktiv Vorschläge zur Verbesserung der Raumnot erarbeitet werden, Dekanat und Mittelbau waren auch eingeladen. Die erschienen dann auch, sonst leider niemand. Außer zwei oder drei KommilitonInnen, denen ich wohl leidgetan habe, als ich da so ganz einsam mit Megafon und Beamer im Foyer stand. Naja. Vielleicht der falsche Zeitpunkt, vielleicht doch kein sooo dringendes Thema, vielleicht mögen mich die Leute auch nicht, keine Ahnung. Aber verflucht nochmal: Interessiert das hier keinen? **Wo sind die ganzen facebookblogger und Schreihälse, die sich in den Wochen zuvor über unzumutbare Studienbedingungen beklagt hatten?** Vertreter von Dekanat und Mittelbau grinsen sich eins und fragen, ob sie später nochmal wieder kommen sollten. Daraufhin guck ich mir diese Menschen (Lehrende, Dekanat und Mittelbau) so an und frage mich, was die wohl hierher an diesen Studiengang getrieben hat und wünsche mir eine Vorstellungsrunde, so wie damals in der OE. Ich möchte darüber an dieser Stelle nicht spekulieren, doch ich stelle mir ernsthaft die Frage: Was wollen die hier? Nicht im Sinne von „verschwindet!“, sondern vielmehr vor dem Hintergrund der Verantwortung, die sie in ihren Ämtern für die Studierenden und für die Gesellschaft tragen. Karrieren innerhalb der Hochschule funktionieren etwas anders und doch sehr ähnlich wie in der freien Wirtschaft, das Ganze hat wohl auch einen erheblichen Anteil Politik, ob das gut oder schlecht ist kann ich nicht sagen. Doch vielleicht bin ich noch immer zu naiv um zu begreifen, dass es den Verantwortlichen wohl augenscheinlich eher um ihre persönlichen Vorteile geht als um das Wohl und den Werdegang der Studierenden. Diesen Frust auszuhalten ist nicht ganz leicht, wissenschaftliche Interdisziplinarität ist zumindest hier nicht das, was ich mir eigentlich darunter vorgestellt habe. Aber nu‘ ist‘s zu spät, angefangen heißt auch zu Ende bringen, will ich doch meinen Vater nicht damit erschrecken, dass ich das Studium auch nicht zu Ende bringe. Außerdem erinnere ich mich an meine Zeit als Selbstständiger: Wo sind die positiven Aspekte, was muss ich in Eigenverantwortung tun, damit ich am Ende doch noch was rausbekomme?

Ich versuche es also seit ein paar Wochen positiv zu sehen und seit Beginn des Sommersemesters sehe ich sogar einige Teilaspekte des Studiums, die ich richtig gut finde. Da werden Kurse von alten Hasen des Fachbereichs angeboten, die den Blick über den Tellerrand hinaus ermöglichen, ja sogar erzwingen, Diskussionen auf hohem (auch fachlich qualifiziertem) Niveau erwünscht – eigenständiges Lernen der Kursinhalte vorausgesetzt, so hab‘ ich mir Studieren vorgestellt. Dann gibt es neue Lehrende am Fachbereich, die zu Gast von anderen Universitäten bei uns sind oder gerade ihre Promotion eingereicht haben. Hervorragende Inhalte der Kurse, interaktiv, gesellschaftskritisch, auf den historischen Inhalten der ehemaligen HWP aufbauend, gestochen scharfe Methodenlehre und selbst der Kurs beim allseits kritisierten Fachbereichssprecher ist für mich eine Bereicherung mit hohem Praxisanteil. Die Aktionen im FSR finden zwar noch immer keinen reißenden Absatz, kommen auch nur schleppend zu Stande, dennoch habe ich das Gefühl, dass das zunächst naserümpfend in Kauf genommene Konzept des Offenen Dachs für alle Aktiven des Studiengangs sehr gut funktioniert. Alle Splittergruppen finden sich dann und wann in den Sitzungen ein, tauschen sich aus und kämpfen an verschiedenen Fronten für eine Verbesserung der Studieninhalte und -bedingungen. Immerhin gab es bis jetzt in diesem Jahr noch keine ernsthaften Aufrufe zu sinnlosen Streiks – eine historisch denkwürdige Situation.

Was also tun in den nächsten eineinhalb Jahren bis zum Bachelor? Ich werde weiterhin nach interessanten Vorlesungen suchen, mich den unterschiedlichen Herausforderungen der einzelnen Dozenten stellen und denjenigen auf die Finger klopfen, die sich nicht an die Regeln halten. Und ich werde nach wie vor durch die Räume und Seminare gehen, den Menschen in die Augen schauen und mich fragen: Was willst Du hier? Vielleicht verstehe ich zukünftig auch mehr Menschen, denn ich habe in den vergangen Monaten auch viele kennengelernt, die sehr wohl wissen wo sie hinwollen. Sehr spannende Ansätze übrigens. **Vielleicht ist alles eine Frage der Perspektive und der persönlichen Motivation…** ■

DIE GESCHICHTE DES FACHBEREICHS SOZIALÖKONOMIE

TEXT **ROLAND BUDZ**

Deutschland nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Deutschland von den Alliierten Besatzungsmächten in vier Zonen aufgeteilt. Norddeutschland unterstand zum größten Teil den britischen Besatzungsmächten und somit auch Hamburg.

Im Laufe des Jahres 1945 gab es konkrete Überlegungen, seitens der Briten und den neuorganisierten Funktionären der SPD, Gewerkschaften, Genossenschaften sowie der KPD über den demokratischen Wiederaufbau Deutschlands.

Eine Überlegung war es, die Wirtschaft in Deutschland zur „demokratischen Gemeinwirtschaft“ umzubauen. Eine genaue Definition für diesen Begriff zu finden ist schwierig, jedoch sollten neben den drei Wirtschaftsformen (öffentliche und private Haushalte sowie Unternehmen) noch eine vierte Wirtschaftsform Einzug finden, welche als normale Kapitalgesellschaft gegründet wird, hingegen den Gedanken einer Genossenschaft beinhaltet bzw. in welcher das Gemeinwohl, über dem Gedanken der Profitmaximierung steht. In dieser Gemeinwirtschaft steht also das Gemeinwohl, z. B. das Wohl einer Gesellschaft, über dem Wohl einiger weniger Menschen und Aktionäre. Als Beispiel kann genannt werden, dass mit erwirtschafteten Gewinnen Bildungseinrichtungen, Kindertagesstätten, Suppenküchen, sozialer Wohnungsbau (Neue Heimat als Stichwort) etc. unterstützt werden könnten, anstatt sie als Dividenden an einige wenige auszuschütten. Ein anderer Punkt kann der „Konkurrenzgedanke“ sein, durch den kostendeckenden Verkauf von Waren, einem dramatischen Preisanstieg von manchen Gütern entgegenzutreten, auf welche erhebliche Gewinnzuschläge gerechnet wurden.

Die dazugehörige Bildung

Die Planung und Gründung der dazugehörigen Bildungseinrichtung wurde von allen oben genannten Parteien gemeinsam durchgeführt und dauerte bis zum 15. November 1948 an.

An diesem Tag wurde die Akademie für Gemeinwirtschaft (AfG) gegründet, die erste Vorgängerinstitution unseres Fachbereichs. Vorbild war die 1921 gegründete Akademie der Arbeit (AdA) in Frankfurt am Main.

Aus der Vergangenheit lernen

Weitere Überlegungen fanden bei der Gründung der AfG Anklang und sollten bei der Ausrichtung der Akademie und der Wissensvermittlung berücksichtigt werden, um Fehler aus der Vergangenheit nicht zu wiederholen:

1.Die Industrie

Die gesamten Besatzungsmächte Deutschlands, Kirchen, Gewerkschaften und Politiker waren sich über den Einfluss der Industrie, vor allem der Schwerindustrie, bei der Machtübernahme der Nazis und dem Machterhalt sowie an der kompletten Kriegsführung während der NS-Zeit bewusst. Die Beteiligung an Naziverbrechen ist bewiesen und auch das Kapital, das aus den Verhältnissen gezogen wurde, z. B. durch die Errichtung von Konzentrationslagern auf den unterschiedlichen Werksgeländen (Vernichtung durch Arbeit). Hierbei haben einige nur an sich gedacht und das private Profitmaximierungs-interesse dem Wohl eines jeden Menschen übergeordnet.

2.Der Bildungssektor

Es ist logisch, dass die Bildung einen großen Einfluss auf den Menschen hat und einer der Faktoren ist, der ihn mit am stärksten formt. Der zweite Punkt „verzahnt“ sich mit dem ersten, nämlich der Neuaufbau des Bildungssektors ab 1945. Die „alten Eliten“, die schon vor, oder sogar während der Zeit des „Dritten Reichs“ auf den Lehrstühlen saßen, haben diese wieder besetzt und Ansätze ihrer „alten“ Ideen weitergegeben. Hierbei wurde häufig weiterhin der Individualnutzen vor dem Gemeinnutzen gelehrt, was (wie oben beschrieben) zum Ausbruch, Erhalt und Ausdehnung des Krieges geführt hatte. Darum war eine Demokratisierung und Reformierung (u. a. die studentische Selbstverwaltung) an den Universitäten angedacht.

3.Bildungsungleichheit

Schon damals war Bildungsungleichheit ein wichtiges Thema und ist es bis heute geblieben. Es sollte eine Studienmöglichkeit für sozial schwache Menschen angeboten werden, um das Monopol des Gymnasiums „aufzubrechen“. Durch die Gründung der AfG erhielten Menschen mit abgeschlossener Berufsausbildung und Berufserfahrung die Möglichkeit ein Studium zu ergreifen. Die Einführung der bis heute bestehenden Aufnahmeprüfung ermöglichte dies.

4.Quotenregelung

Angedacht war eine Quote für Gewerkschafter und Genossenschaftler einzubringen, die jeweils 1/3 der Studierenden stellen sollten, ohne Abitur, aber über die Aufnahmeprüfung. Das restliche Drittel sollte „normal“ mit Abitur an die Akademie kommen.

Anfang der 1950er wurde diese Idee schon wieder aufgegeben, da es Probleme gab die benötigte Anzahl an Bewerbern ohne Abitur zu finden und der Widerstand seitens der Dozenten zunahm.

5.Interdisziplinarität mit vier Fachgebieten

Zu jener Zeit ist die Idee der interdisziplinären Lehre aufgekommen und die vier Fachgebiete haben bis heute überdauert. Zu nennen sind: Soziologie, Rechtswissenschaften, Volkswirtschaftslehre, Betriebswirtschaftslehre

6.Offener Zugang zu anderen Universitäten

Nach Abschluss des Studiums an der Akademie für Gemeinwirtschaft, hatten die Studierenden die Chance an anderen Universitäten ein weiteres Studium aufzunehmen, egal ob sie das Gymnasium abgeschlossen hatten, oder nicht. Somit wurde ein Schritt zum Abbau der Bildungsungleichheit getan. Unbetrachtet bleibt hierbei, welche hohen Hürden Studierenden errichtet wurden, um an anderen Universitäten zugelassen zu werden.

Veränderungen

Anfang der 1950er war schon das Ende der offiziellen Überlegung zur Einführung der Gemeinwirtschaft eingeläutet, ohne das sie getestet wurde. (Jedoch war in den 1950er bis hinein in die späten 1960er Jahre die Gemeinwirtschaft ein tragender Eckpfeiler des bundesdeutschen „Wirtschaftswunders“. Gerade durch die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen wurden die Bedürfnisse gepusht und befriedigt, die der Masse der Menschen am nächsten lagen (Wohnung, Konsum, Banken, Versicherung etc.).)
Die „soziale Marktwirtschaft“ bundesdeutscher Prägung und Ideologie in einem kapitalistischem Wirtschaftssystem hatte sich etabliert, bis heute. Jedoch ist der Grundgedanke der Gemeinwirtschaft und des Gemeinwohls nie „gestorben“ (siehe alle genossenschaftlichen Einrichtungen der Gegenwart) und hat gerade in unserer heutigen Zeit (Stichwort „Kapitalismuskrisen“) eine Renaissance erlebt.

Ab 1954 entwickelte sich die Akademie für Gemeinwirtschaft zu einer Bildungseinrichtung des zweiten Bildungsweges, jedoch weiterhin mit dem expliziten Ziel interdisziplinär zu lehren und keine Berufsspezialisten auszubilden.

Namenswechsel

Am 30. Oktober 1961 fand dann die erste Namensänderung zur „Akademie für Wirtschaft und Politik“ statt. Das Ziel war weiterhin, durch den offenen Hochschulzugang, die Ausbildung für wirtschaftliche Führungskräfte zu übernehmen.

Dies lief bis 1970 sehr erfolgreich weiter, als die Akademie in die „Hochschule für Wirtschaft und Politik“, die ehemalige HWP, umbenannt wurde. Diese bestand bis 1991 und es konnten die Abschlüsse des graduierten Sozialwirts, Betriebswirts und Volkswirts, erreicht werden.

Durch die Einführung des sozialökonomischen Studiengangs, mit dem Abschluss zum Diplom Sozialökonomen / in, wurde der HWP der Universitätsstatus verliehen und sie wurde umbenannt zur „Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik“.

Zerschlagung

Unter einer CDU-Schill-Partei-Regierung begannen 2003 erste Diskussionen, diese HWP aufzulösen, was dann 2005, unter heftigsten Studierenden- und Professor*innenprotesten, geschah.
Von 2005 bis 2009 wurde die Universität zum „Departement für Wirtschaft und Politik“ herabgestuft und ab 2009 besteht nur noch der „Fachbereich Sozialökonomie“ in der Fakultät „Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“.

Beste Reste

Im Sommersemester des Jahres 2012 bestehen noch:
- interdisziplinäre Lehre innerhalb der vier Fachbereiche
- Der Interdisziplinärer Grundkurs (IGK) und andere Brückenkurse
- keine Benotung der Klausuren im Grundstudium
- Nachholklausuren im Grundstudium
-der offene Hochschulzugang und die Aufnahmeprüfung (40% der Studierendenschaft)
- keine Anwesenheitspflicht
- neuerdings stark beschränkte „Kurswahlmöglichkeiten“ über - Priorisierung
- einwöchige Orientierungseinheit zum Studienbeginn

Verteidigung (Zukunftsgestaltung)

Diese acht Punkte stehen für eine 64 – jährige Geschichte und Ideen zur Reduzierung der Bildungsungleichheit, was eine Möglichkeit bedeutet, für Menschen ohne Abitur zu studieren.
Über all die Jahrzehnte wurde die Lehre von alternativen Denkansätzen gelehrt. Ganz egal welche Namen diesen Bildungseinrichtungen innehatte. Wie die Zukunft aussieht, das wissen wir nicht. Aber von alleine wird sich nichts verbessern und erhalten.
Dies zeigt z. B. die nicht legitime Einführung einer Anwesenheitspflicht. Dies versuchen manche Dozent*innen schon in Grundkursen, aber auch in Kursen des Hauptstudiums. Diese Vorgehensweise ist in keinster Weise gerechtfertigt, denn eine Anwesenheitspflicht besteht nur für den IGK und die Englischkurse.
Weiterhin hört man „die Spatzen von den Dächern pfeifen“, dass Überlegungen seitens einiger Professor*innen bestehen, das Fach „Politische Geschichte“ im Grundstudium abzuschaffen und durch weitere Methodenkurse zu ersetzen. Durch den IGK, Mathe 1 und 2, Statistik sowie Wirtschafts- und Sozialstatistik erlangen Studierende ein sehr gutes Basiswissen und es werden, meiner Meinung nach, nicht noch mehr solcher Kurse benötigt.

Brauchen wir eine Anwesenheitspflicht (und hier stellt sich die Frage, was machen Menschen, die noch arbeiten müssen oder Kinder haben und somit nicht an jeder Vorlesung teilnehmen können) und Methodenkurse oder sind wir nicht schon „alt“ genug, um selber zu entscheiden, wann wir zu einer Vorlesung gehen und wann wir selbstständig den Inhalt nachbereiten und uns den Stoff selber beibringen.
Es liegt somit auch mit an uns, die Zukunft unseres Fachbereichs und eines selbstbestimmten Studiums gemeinsam zu gestalten!

STATEMENT DER GDFF ZUR DERZEITIGEN SITUATION IM FACHBEREICH SOZIALÖKONÖMIE

TEXT **HELGA MILZ UND DIETER KOCH**

1. Ausgangsposition: Einschätzungen, über die weitgehend Konsens besteht

a. Der Studiengang Sozialökonomie …

- wird nach wie vor gut bis sehr gut nachgefragt,
- hat ein attraktives Studienprofil mit Wahlmöglichkeiten,
- ist offen für individuelle zeitliche und inhaltliche Optionen,
- ist flexibler als die Studiengänge der benachbarten Fachbereiche der WiSo-Fakultät.

b. Er kann es: Qualifikation durch …

- Interdisziplinarität: Er ist interdisziplinär aufgebaut, vier Fachgebiete stehen zur Auswahl;
- Internationalität: Er ist international angelegt und organisiert viele Auslandsaufenthalte;
- Intensität: Er bietet eine enge Betreuung im Grundstudium/IGK-Gruppen an;
- Praxisnähe: Er ist relativ praxisnah orientiert und daher gut studierbar,
- Verwertbarkeit: Er wird von Wirtschaft und Unternehmen, Verwaltung, Verbänden, Vereinen, Parteien und Organisationen bundesweit zügig nachgefragt.

Der gute Ruf des Fachbereichs Sozialökonomie/ehemals HWP beruht auf der relativen Offenheit des Studiengangs wie auf seinem über Jahrzehnte gewachsenen Bekanntheitsgrad weit über die Metropolregion Hamburgs hinaus. Sein bester Ausweis sind die beruflich solide qualifizierten AbsolventInnen; viele zeichnen sich durch ein überdurchschnittlich hohes gesellschaftspolitisches Interesse und Engagement aus.

2. Was passiert aktuell?

Der Studiengang wird zurzeit ab- und umgebaut, ohne dass offenbar hinreichend transparent ist, wer, was, warum, wie verändern will. Um welches Ziel, welche Vision oder Vorstellung geht es? Weil keine Studienreformdiskussion im Fachbereich stattfindet, ist die GdFF auf Einzelinformationen von Lehrenden, Studierenden und Gremienvertretern angewiesen. Zurzeit kann sie nur beobachten und fragen: Bleibt die Zugangsberechtigung über die Aufnahmeprüfung bestehen? Bleibt der Studiengang für Berufserfahrene mit und ohne Abitur weiterhin so studierbar und attraktiv wie bisher?

Wir registrieren Überlegungen, den IGK und propädeutische Fächer, die bisher fest in die Fristen und den Studienablauf der ersten vier Semester eingebaut waren, zu verlagern, zu reduzieren oder zu streichen. Cui bono? Wie überall beklagen neue Profs auch bei uns den geringen Leistungsstatus von Studierenden. Andernorts meint man, dass das Abitur heute keine Studierfähigkeit mehr garantiere. Bei und verweist man umstandslos auf Defizite von Aufnahmeprüflingen. Das ist eine steile These, die empirisch überhaupt nicht belegt ist, - im Gegenteil! Die HWP hat bis 2007 laufend Vergleichsstudien zum Studienerfolg vorgelegt. Sie zeigten, dass verschiedene Zugangsberechtigungen keinen maßgeblichen Einfluss auf die (Abschluss-)Noten hatten. Wenn sich Studierende veränderten und neue Haltungen und Interessen ausprägten, hatte das mit neuartigen Jugendgenerationen, anderen Grundorientierungen, aufmüpfigen oder „braven“ Verhaltensweisen zu tun. Sie ändern sich mit jeder Dekade; das war seit Jahrzehnten so.

Kann man angesichts dessen mit Aussicht auf Erfolg ein „Studienkolleg“ einrichten, in dem Aufnahmeprüflinge „ihre Defizite ausgleichen sollen“? Ist das nicht eine Brüskierung oder gar Diskriminierung? In den 1970er Jahren bot man Frauen, die studieren wollten, separate Nachhilfekurse an mit der Maßgabe: „Nun lernt mal schön, werdet studierfähig und beweist, dass Ihr wissenschaftlich, logisch und systematisch, denken könnt!“ Wir verlangten von Lehrenden, ihre Lerninhalte wie -methoden auf Studentinnen einzustellen. Das geschah.

Die bildungspolitische Initiative der Bundesregierung, die die Öffnung der Universitäten für Berufstätige forciert, will die Potentiale von lebens- und berufserfahrenen Studierenden in Lehre und Forschung integrieren. Die Pointe ist, dass Universitäten sich auf neuartigen Herausforderungen einstellen und keineswegs nur die Studierenden sich der Welt der Wissenschaften an- und einpassen! Der Sozialökonomische Studiengang ist als Studium für Berufserfahrene mit und ohne Abitur konzipiert worden. Studierende mit langjähriger Berufspraxis und Abitur waren stets eine zweite starke Kerngruppe an der HWP. Ihre Vorkenntnisse, Motivationen und durchweg guten wie zügig erworbenen Studienabschlüsse sind mit denen der Aufnahmeprüflinge vergleichbar. Die einen wie die anderen sind als „non-traditional-students“ keine „Normalstudierenden“, sondern anders, besonders und selbstbewusst genug, ihre Problemorientierung in den wissenschaftlichen Diskurs einzubringen. Im Fachbereich muss grundsätzlich entschieden werden, ob man den Studiengang für Berufserfahrene erhalten will. Die HWP hatte sich als Hochschule für Berufserfahrene mit und ohne Abitur ein klares Profil geschaffen, das man nicht über Bord werfen darf.

3. Heterogenität statt Homogenität

Das Studieren am Fachbereich Sozialökonomie bietet eine große soziale Vielfalt: Ältere und jüngere Studierende aus vielen Ländern, Berufserfahrene, Eltern, brüchige und glatte Biographien des ersten, zweiten und dritten Bildungswegs. Wer hier studiert, trifft in der Mehrheit nicht den „Normalstudierenden“. Im studentischen Jargon: „Die Leute sind hier so anders drauf!“ Das schafft Probleme für Lehrende: „Man weiß ja nicht, was man voraussetzen kann.“ Wir sagen: „Fragen Sie

die Studierenden. Sie werden auf einen reichen Schatz von Lebens- und Berufserfahrungen stoßen, der für die Lehre produktive Einblicke und Anknüpfungspunkte bietet.“ Die Heterogenität der Studierenden ist eine produktive Basis!

Unter dem Titel „Ungleich besser! Verschiedenheit als Chance“ hat das Institut CHE-Consult 2011 die Heterogenität von Studierenden untersucht und gefunden: Das Problem sind Lehrende, die weitgehend gleichartige Studierende erwarten. Der „Normalstudent“ – ein Abiturient, deutsch, fleißig, sprachbegabt, männlich, weiß, jung, gesund, wohlbehütet, mittelschichtig und nach der Schule sofort im Vollzeitstudium unterwegs – ist ihr Maßstab. Man mag dieses Idealmodell noch an medizinischen und juristischen Fakultäten finden – aber kaum im zweiten, dritten und vierten Bildungsweg!
CHE-Consult plädiert für ein aktives Diversity Management, das sich gegen alle Strategien wendet, Homogenität zu schaffen. Verschiedenheit sei als Quelle für Kreativität zu begreifen, nicht als Hindernis. Eine Gesellschaft, die zunehmend heterogen sei, verlange von AbsolventInnen, im wirklichen Leben und Arbeiten mit allerlei Verschiedenem, Widersprüchlichem, Paradoxem, Unberechenbarem, auch mit Chaos und Clowns klar zu kommen. Lehre und Betreuung von Studierenden müsse alternative Bewältigungsmuster aufzeigen, um das Verschiedene zu managen!

An der HWP war das Praxis. Es war eine erfolgreiche Praxis, die viel Zeit und Engagement verlangte, Brüche und Konflikte riskierte, aber auch nachhaltige Erfolge brachte. Unsere AbsolventInnen, nicht nur die prominenten, belegen und beschreiben ihr Studium als die wichtigste Lern- und Lebensphase, weil sie ihre Weichen neu einstellten. Hatten wir damals mehr Zeit oder nahmen wir uns mehr Zeit?
Wie sieht es heute aus? Sind „die Neuen“ als Leitende und Lehrende am FB für den Umgang mit Heterogenität bereit und vorbereitet? Sind sie für die Betreuung nichtklassischer Studierender, von der Migrantin bis zum Meister, von der Mutter bis zum „Malocher“ gerüstet? Oder setzen sie auf Selektion? Es gilt, die Kultur der Verschiedenheit erneut zu beleben und zu entfalten. Es geht um Strategien und Wege, mit Vielfalt im Alltag produktiv umzugehen. Die heterogenen Zugänge, Voraussetzungen und Begabungen von Studierenden müssen erkundet und als Chance begriffen werden, um ihre Potenziale zu nutzen. Es geht darum, Vielfalt an Hochschulen zu gestalten. Die HWP/der FB Sozialökonomie hat darin eine erfolgreiche Tradition aufzuweisen. ■

IM TEST: 1337 MATE

TEXT **RITA TIEMANN**

Ein bisschen verdutzt guckte ich schon, als mir ein Freund vor längerer Weile zwei Flaschen leetmate in die Hand drückte. Beide waren mit einem Frontetikett beklebt, das schwarz und mit einer grünen Schrift bedruckt war, wie ich sie noch von dem Film Matrix kannte. Ein Etikett zeigte einen Jungen in Gamercardigan, neben dessen Kopf die Worte „PHI vermisst“ prangten, das andere einen schlipsbehangenen, anzugumschlossenen männlichen Oberkörper mit einer Glühbirne als Kopf, die die Worte **„SURFING = TRAVELLING MEDIUM = MASSAGE GLOBAL = VILLAGE“** auf sich trug. Ich knackte den Deckel der Flasche mit einem Feuerzeug, trank, befand das Getränk für lecker. Es war etwas würziger, als die mir bisher bekannte berühmte, große Schwester, die viele von euch vom Campus kennen dürften. Auch war für mein Empfinden etwas mehr Kohlensäure drin und die Farbe einen Tick dunkler. Ginge es nur um die gustatorischen und optischen Anreize des Getränkes, so wäre mein Artikel jetzt zu Ende. Doch im Gegensatz zur großen Schwester hat die 2010 gegründete l33tmate eine entscheidende Produkteigenschaft: Sie ist unglaublich nerdig (in Modezeiten, in denen es cool ist, als Mann wie Steve Urkel auszusehen oder als Mädchen sein Gesicht hinter einer Hornbrille zu verstecken und seinen XXS Körper in XXL Baumwollkaftane zu hüllen, sollte dieser Punkt doch einiges ausmachen).
Gegründet wurde die Firma von den Brüdern Daniel Plötz und Claudius Holler, beide angestellt als geschäftsführende Gesellschafter der Werbeagentur ZWOGEE GmbH – mittlerweile mit dem Schwerpunkt Beratung, Konzep-

tion und Kommunikation. Nach sechs Jahren suchten die Brüder nach einem Produkt, hinter dem sie voll und ganz stehen konnten, das sie ehrlich kommunizieren, anstatt nur bewerben konnten. Sie und ihr ganzer – wie sie sagen – Dunstkreis aus technikaffinen Nerds und Freaks tranken und liebten Mate, es fehlte ihnen nur „an einer Mate, die in der Lage ist, als Marke genau dort zu passieren, wo die Matejünger sich tummeln: IN TEH INTERWEBZ". Heute, knapp anderthalb Jahre und 70.000 abgefüllte Flaschen später, gibt es die leetCrew in Dreierkonstellation, Torben sprang noch mit ins Boot. Auch in anderer Hinsicht hat sich einiges am Unternehmen getan, sodass jetzt sogar leetSocial herausgebracht werden soll. Auf Anfragen einiger Kunden, ob die 1337Crew nicht Werbung für NGOs auf die Rückseiten der Flaschen printen könnte, verneinte die Truppe, stellte aber das „LeetSocial"-Projekt vor, wobei mit jeder Flasche 1 Cent auf ein eigenes Konto bei der Triodos Bank fließt. Es wird in regelmäßigen Abständen der Kontostand veröffentlicht und die Crew wird in ebenso regelmäßigen Abständen 3 Projekte vorstellen, welche für sie und ihre Hauptzielgruppe von Interesse sind. Einem dieser Projekte wird dieses Geld dann gespendet. Auch eine prozentuale Verteilung auf die drei Projekte ist möglich. Infos hierzu bietet leetmate.de (wo ihr auch bestellen könnt). Eine Frage bleibt: Was heißt denn nun leet? Und warum schreibt man es auch 1337 oder l33t?

Wir müssen etwas tiefer in die Hackerschatzkiste schauen. Wikipedia erklärt, dass Leetspeak ['li:tspi:k] (auch Leetspeek; von engl. elite, „Elite") im Netzjargon das Ersetzen von Buchstaben durch ähnlich aussehende Ziffern bedeutet, sowie – nach einer erweiterten Definition – durch Sonderzeichen. Der Begriff Leetspeak selbst wird häufig 1337, manchmal 1337 5P34K, selten auch 31337 bzw. 313373 geschrieben und leitet sich ab vom engl. Elite über Eleet und `leet zu 1337. Um euch ein paar Vokabelbeispiele zu geben, zeige ich euch die Übersetzung der Worte „absolute Beginner" auf 1337, UCE und Hardcore 1337, womit wir wohl das Latein, Griechisch und Altaramäisch der Computernerdgeneration angesprochen hätten. In ersterer Zahlenschrift ergäbe sich **48501u73 8391nn32**, in UCE Zeichenschrift **/-\|3$0|__/'][,€ |3€G|/V/V€|2** und in Hardcore **1337 @ß§0£µ7€ ß€9!|\||\€|2**. Mit ein bisschen Fantasie dürftet ihr die Worte erkennen.

Meiner Meinung nach ist l33tMate das ideale Getränk für alle, die auf der Suche nach Neuem sind, nach Unbekanntem und nach etwas zu erzählen. 1337Mate bietet das, hat sie schließlich im mir vorliegenden „Hackerbrause Quartett" im Gegenteil zur verwandten Mategroßmarke bei Untergrundfaktor alle Punkte abgeräumt. Wenn euch das als Argumentationsgrundlage nicht genügen sollte, könnt ihr auch sehen, dass die Firma von wirklich nur drei jungen Leuten geschultert wird, die soziale Projekte versuchen durchzusetzen und nebenbei mit ganz irdischen Problemen zu kämpfen haben, wie etwa dem Schweizer Zoll und die Kämpfe auch angehen, anstatt den Kopf in den Sand zu stecken oder die Aufgaben abzudelegieren. Ihr unterstützt also ein kleines Unternehmen, das hier in Hamburg produziert, womit auch direkt gegen die Globalisierung gekauft werden könnte. Alle Dämonen der Neuzeit wären also bekämpft. Und es schmeckt nebenbei auch gut *lol*^^ ■

STUDIEREN UNTER DRUCKSITUATIONEN – DIE NÄCHSTE GENERATION VON BURNOUT PATIENTEN?

TEXT **MIKE BRODERSEN**

Oft haben Studenten, wie jeder andere auch, mit Problemen, die sich im eigenen privaten Umfeld oder aber eben auch an der Universität abspielen, zu kämpfen. Das Lösen dieser Probleme kann sich mitunter sehr schwierig gestalten und oftmals lassen sie sich auch nicht aus eigener Kraft bewältigen.

Dabei geht es in erster Linie um eine Überforderung durch den Leistungsdruck seit der Umstellung der Studienstruktur auf das Bachelor/Master Programm. Der Grund hierfür kann in der starren Regelstudienzeit, Anwesenheitspflichten, Unsicherheit über die Studienwahl und hohen Klausurendichte liegen. Problematisch ist neben dieser erhöhten Arbeitsdichte auch der Mangel an Freiräumen verbunden mit dem erhöhten gesellschaftlichen Leistungs- und Konkurrenzdruck. Es hört sich auf den ersten Blick so an, dass sich seit der Umstellung der Druck auf Studenten stetig erhöht hat. Aber neben diesem universitären Druck erzeugt auch die eigene Erwartungshaltung (z.B. gute Noten in jeder einzelnen Klausur zu erzielen), der Familie (z.B. mein Kind soll unbedingt Medizin studieren) und der Gesellschaft (z.B. je schneller studiert wird, desto eher bekommt man einen sicheren Arbeitsplatz) einen zusätzlichen Zwang. Die Faktoren für diese Umstände (z.B. finanzielle Unsicherheit, das Treffen der „richtigen" Zukunftsentscheidungen oder Konflikte mit dem Partner oder Partnerin) können dazu führen, dass viele Studenten sich überfordert fühlen, unter Stress leiden, erschöpft sind sowie eine Lern- und Arbeitsstörung entwickeln. Diese Verhältnisse können zusammen genommen in einen chronischen Erschöpfungszustand, Burnout oder – im schlimmsten Fall – in Depressionen münden und werden als psychische Erkrankung eingestuft. Die Unterscheidung zwischen den verschiedenen Formen der Erkrankung ist nicht leicht zu erkennen, da sich die Krankheitssymptome (z.B. Konzentrationsstörung, Versagensängste, chronische Müdigkeit/Schlaflosigkeit und Antriebslosigkeit) in jedem Zustand sehr ähnlich sind und zur Erkennung und Behandlung bedarf es die Hilfe von Fachleuten. Im Ergebnis führen diese Symptome, neben weiteren, wenn sie nicht behandelt werden zu einem Zustand von Verzweiflung und absoluter Hilflosigkeit und der kann nicht erstrebenswert sein. Es kann sogar soweit führen, dass man sich nicht mehr anders zu helfen weiß und freiwillig den Freitod wählt. Nun leidet nicht jeder sofort an einer solchen Erkrankung, nur weil er/sie vielleicht mal eine Zeit lang diese Symptome bei sich selbst feststellt. Aber es ist ein Indikator dafür, sich selber mal wieder zu überprüfen und sich zu fragen, ob so noch alles richtig ist oder ob es nicht sinnvoller wäre, etwas zu ändern. Oftmals hilft es in so einer Situation schon, wenn man sich z.B. wieder öfter mit Freunden trifft, Sport treibt oder sich eine Auszeit gönnt und darüber nachdenkt, was man eigentlich wirklich möchte. Falls die

Symptome sich jedoch über Monate – mitunter auch Jahre – hinziehen, dann sollte man ernsthaft darüber nachdenken sich professionelle Hilfe zu suchen. Dieser Schritt fällt einem natürlich nicht leicht und gerade männliche Studenten haben damit öfter ein Problem als weibliche. Es ist aber auch verständlich, wenn man sich dieser Thematik eher verschließen möchte, denn selbst wenn es in der Gesellschaft mittlerweile nicht mehr ganz so tabuisiert wird wie in der Vergangenheit, so ist es aber eben nicht so, dass es jeder versteht oder es richtig einordnet. Das Thema Depressionen rückt leider nur in den Fokus der Gesellschaft, wenn sich wieder mal ein prominentes Mitglied geoutet hat oder aber durch einen Suizid ums Leben gekommen ist. Dies sollte aber absolut kein Hinderungsgrund sein, sich nicht ernsthaft damit auseinander zusetzen, da das Nichthandeln sehr oft zu einem langen Leidensweg führt und die Situation oftmals nur verschlimmert.
Diese Problematik hat die universitäre Landschaft auch erkannt und es gibt mittlerweile zahlreiche Möglichkeiten sich Hilfe zu suchen und vor allen Dingen auch zu bekommen. Neben dem HOPES-Programm (Tel. 040-428386282) bietet die zentrale Studienberatung & psychologische Beratung im Campus Center der Universität Hamburg (Tel. 040-428387181) ihre professionelle Hilfe an. Dies geschieht in Form eines Erstgespräches zu dem man sich vorher über einen vertraulichen Anmeldebogen anmeldet. Auch wenn dort keine langfristigen Therapien angeboten werden können, so sind sie dabei behilflich die schwierige erste Zeit mit Einzelgesprächen zu überstehen und auf Wunsch einen geeigneten Pyschotherapeuten zu finden. Dieses Angebot ist absolut vertraulich und keiner braucht Angst davor zu haben, dass etwas von den Gesprächen bekannt wird.

Auch wenn es nicht jeder wahrhaben möchte: Selbst Studenten sind nicht davor gefeit an einer psychischen Störung zu erkranken und vor allen Dingen kann man es auch niemandem an der Nasenspitze ansehen. Es wäre deshalb wünschenswert, wenn wir auch mal wieder über den Tellerrand schauen und aufmerksamer über den Campus gehen würden. Manchmal hilft schon eine kleine Geste!

SIND STUDIERENDE UNPOLITISCH?

TEXT **NATHALIE MÜLLER, ANNE MARLEEN SCHADE UND JONAS HAMMEL**

Wir haben im Foyer der HWP gefragt: „Wie politisch ist die jetzige Studierendengeneration?“ und „Was verbindet ihr mit der Hochschulpolitik?“

Felix, 22
Nichtwählen ist für mich keine Aussage. Man sollte jede Partizipations-Möglichkeiten nutzen, die sich bietet. Die Studenten sind überwiegend politisch interessiert, fühlen sich in ihren Anliegen aber oftmals nicht vertreten, was zur politischen Resignation führt.

Merle, 21
Unsere Generation ist nicht mehr so politisch engagiert wie unsere Eltern, tragen unsere politischen Überzeugungen auch weniger nach außen, sondern sind da eher zurückhaltend. Dennoch glaube ich, dass die meisten Studiereden politisch interessiert sind.

Michael, 26
Ich könnte nicht sagen, wer mich in der Hochschulpolitik konkret vertritt. Von der eigenen Seite fehlt das Engagement sich damit auseinander zu setzen, von der anderen Seite wird zu wenig kommuniziert.

Milena, 22
Unser Fachbereich ist zwar politischer als andere, generell sind die Studierenden aber unpolitischer. Früher war hier mehr los.

Tim, 27
Die Studierenden heutzutage sind völlig unpolitisch. Die Wenigen, die politisch wirken, sind vulgär-politisch und halten meist nur ihre Fahne in den Wind. Es gibt jedoch auch ein paar Vernünftige.

Luisa, 23
Ich muss mich neben der Uni noch um viele andere Dinge in meinem Leben kümmern – da bleibt einfach keine Zeit für politisches Engagement.

Kerstin, 21
Um die Hochschulpolitik interessanter zu gestalten, müsste man zeigen, was die eigene Stimme bewirken könnte. Eine Problematik ist, dass man zwar die Struktur kennt, aber wenig von den Resultaten mitbekommt.

Kimo, 29
Spontan wüsste ich nicht, wo ich mir Informationen über hochschulpolitische Themen herholen könnte. Dies ist auch meiner geringen Zeit geschuldet, da ich neben meinem Studium noch selbstständig bin. Die Studierenden neigen zu einer unpolitischen Haltung.

Janine, 26
Gerade bei Bestrebungen, wie eine generelle Anwesenheitspflicht einzuführen oder Fächer wie Politische Geschichte abzuschaffen, offenbart, wie wichtig in solchen Fällen die Hochschulpolitik ist, um dann entsprechend gegen solche Entwicklungen vorzugehen.

Collin, 32
Für meinen Geschmack zu unpolitisch. Spontan würd ich sagen, dass die Studierenden unpolitischer sind, aber dies sind wohl eher Vorurteile und Eindrücke, die einem im Gedächtnis bleiben, besonders wenn man das Paradebeispiel der 68er betrachtet.
In der Hochschulpolitik würde ich mir mehr konkreten Bezug auf gesamtgesellschaftliche Themen wünschen, um ein größeren Anreiz zur Beteiligung herzustellen, z.B der Welt-Aids-Tag bietet sich an.

Roman, 24
Die meisten betreiben eine „Hipster-Politik“, um sich darzustellen und sind dabei inkonsequent. Sie demonstrieren gegen Globalisierung und rennen danach zu McDonalds. Oder sie trinken keine Kuhmilch, rauchen aber Zigaretten, ohne sich über deren Herstellung aufzuregen.

POLITIK IN DER UNI?!...BITTE NICHT (MEHR)!

TEXT **CHRISTOPHER SIMON**

Allseits hört man von unpolitischen Einstellungen der Studierenden allerorts. Die Rede ist von wachsendem Desinteresse, sowie von weiterer Distanzierung von praktischer Mitarbeit in Fachschaften und Gremien. Demokratische Einstellungen werden hinterfragt und der Wandel von bestimmten Werten und Ansichten der heutigen Universitätsgesellschaft heiß diskutiert. Ist der Drift wirklich so stark? Hat sich die Universitätslandschaft wirklich so verschoben? Die Studie „Wandel politischer Orientierungen und gesellschaftlicher Werte der Studierenden“, die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung stammt, befasst sich mit diesen Thematiken und arbeitet mit einem zeitreihigen Datenvergleich von 1983 bis 2007. In diesen Jahren wurden zehn Erhebungen an bundesweit 25 Universitäten mit 88.000 Studenten durchgeführt. Mit den prägnantesten Daten und Statistiken der oben genannten Themengebiete der Studie soll nun dieser Frage nach der politischen Orientierung der Studierendenschaft etwas auf den Zahn gefühlt werden.

Allgemein wird von zumindest stagnativen Zahlen politisch Interessierten Studierenden an Hochschulen gesprochen und tatsächlich ist festgestellt worden, dass „nicht mehr als 13% bis 14% […] sich als stark interessiert [bezeichnen]. Dem gegenüber befassen sich zwischen 39% und 41% gar nicht oder wenig mit […] Fragen [zur Hochschulpolitik und hochschulpolitischen Entwicklungen]“(S.27).

Große Aufregung kommt häufig bei der **eigenen studentischen Politikpartizipation** auf. In prozentualer Hinsicht sicherlich vertretbar, wenn man sieht, dass „sich nicht mehr als 6% bis 7% als daran stark interessiert [äußern]“. Im Vergleich zu vorherigen Jahren ist das Niveau jedoch durchweg stabil und nur die Jahre 1998 und 2004 überflügeln den Durchschnitt mit jeweils 10%. Stark bildet in diesem Themenfeld „die Gruppe Studierender, die sich darum nicht kümmert, [eine] eindeutige Mehrheit: Sie liegt durchweg bei etwa 60%, worunter nicht wenige (13% - 16%] gar nichts davon halten“(S.27).

Durch die Bank lässt sich eine nachlassende Beteiligung an Hochschulgruppen und Gremien durch die Studierenden beobachten. „An der Studentischen Selbstverwaltung/Vertretung (AStA u.ä.) nehmen nur 5% noch teil, nachdem in den 80er oder 90er Jahren auch 6% erreicht wurden- allerdings war die Quote der Aktiven als studentische Vertreter/innen nie hoch. Aber der Anteil der Desinteressierten ist kontinuierlich auf knapp über die Hälfte gestiegen“(S.28).

Auch an den Fachschaften ist „die Beteiligung 2007 auf 11% gefallen und in der studentischen Selbstverwaltung auf 5%“, nachdem die Fachschaften die Jahre zuvor eine meist 14 bis 16 prozentige Beteiligung aufwiesen. Weiterführend sind „in offiziellen Gremien […] noch 2% vertreten [und] an den informellen Aktionsgruppen beteiligen sich nur 8% und in politischen Studentenvereinigungen mit 4% noch weniger [Studierende]“(S.28).

Wer sich die Studie zu Gemüte führt, wird feststellen, dass sich hinter dem ausgefeilten Zahlenbergen wirklich imposante und augenscheinliche Veränderungen verbergen. Der oft großspurig proklamierte Rückzug aus politischer Partizipation ist nicht so großflächig zu erkennen, wie oft behauptet. Jedoch ist eine andere Bewegung herauszulesen und zu erkennen, die oftmals selbiges vermittelt beziehungsweise dieses Gefühl der Depolitisierung mit aufkeimen lässt, auch wenn sie mit Programmen und Politik eben nichts zu tun hat. Die Sprache ist hier von um sich greifendem Desinteresse. Zum Ausdruck kommt dieses Thema verstärkt auf Seite 29 der Studie und prägnant sei herausgestellt, dass „der Kreis der desinteressierten Studierenden […] stark angewachsen [ist], und zwar bei allen politischen Gruppen und Gremien: um 9 (Fachschaften) bis 24 Prozentpunkte (Aktionsgruppen) zwischen 1983 und 2007. Solche vermehrte Teilnahmslosigkeit, solche Verringerung bei den Aktiven als auch beim Publikum der Hochschulpolitik, ihrer Gestaltung und Entwicklung, solche Abstinenz der Einflussnahme und des Verzichts auf Interessenvertretung belegt, dass für viele Studierende die Hochschule kein Lebensraum mehr ist, der sie angeht. Sie mögen sie als „Dienstleistungsunternehmen“ ansehen, an dem sie nicht mitwirken, sondern nur als Kunden ihre Zufriedenheit oder Unzufriedenheit mit dem Angebot äußern. Diese Änderung der studentischen Haltung zur Hochschule hat sich vor allem im neuen Jahrtausend verschärft, nachdem sie sich in den 90er Jahren bereits abzeichnete“(S.29). ■

"ES FEHLT DER BLICK ÜBER DEN TELLERRAND"

TEXT **SVEN POMMERANZ UND TIM GLÄSNER**

Der scheidende Volkswirtschaftsdozent Rainer Volkmann über den Wandel von der HWP zum Fachbereich für Sozialökonomie, seine Erfahrungen mit den Studierenden, den Umgang mit der Schuldenbremse und die Bedeutung des Euro als Gemeinschaftswährung.

Herr Volkmann, Sie sind jetzt 40 Jahre hier am Fachbereich Sozialökonomie, ehemals Hochschule für Wirtschaft und Politik. Beschreiben Sie uns doch mal den Unterschied zur früheren HWP Anfang der 70er Jahren, der Zeit als Sie hier angefangen haben.

Volkmann: Der Unterschied fällt mit schon auf, wenn ich abends einen Vortrag habe und dabei vorgestellt werde als Volkmann von der Ex- HWP, weil die Neueinrichtung des Fachbereichs Sozialökonomie offensichtlich gar kein Profil hat. Deshalb bedienen sich viele hilfsweise dieses Begriffs, da dieser eine bessere wissenschaftliche und politische Einordnung ermöglicht.

Auch sonst hat sich ja in den letzten Jahrzehnten viel geändert, wie beispielsweise der Wechsel auf Bachelor- und Masterstudiengänge, der eine entscheidende Zäsur darstellt. Wie bewerten Sie denn diese Reform?

Volkmann: Ich erlebe vor allem, dass die Studenten durch diese Umstellung von einem Prüfungstermin zum anderen jagen und nie Muße, Zeit oder Konzentration zur Verfügung haben, sich mit gesellschaftlichen Themen und Interessen eigener Wahl über einen längeren Zeitraum zu befassen. Es unterbleibt auch die intellektuelle Mobilisierung der Studentenschaft zur Wahrnehmung ihrer eigenen Interessen; das Ganze ist sozusagen zu einer Art Flic-Flac-Studium geworden.

Welche Auswirkungen können Sie noch beobachten und was hat sich denn atmosphärisch geändert in dieser neuen Konstellation?

Volkmann: Zunächst einmal kommen die Studenten gar nicht mehr dazu, sich mit politischen Fragen oder Zusammenhängen zu befassen und werden in den Vorlesungen auch nicht mehr gefordert. Des Weiteren kommt hinzu, dass wir auch eine Veränderung der Personalstruktur haben, und ich beobachte auch eine Anpassung des wissenschaftlichen Personals an die üblichen Standards, verkürzt könnte man sagen, den Mainstream. Die Schärfung unseres Profils früher war auch die historische Einordnung von Theorien und den dahinter stehenden Interessen. Diese Zeiten sind vorbei!

Reicht denn Ihres Erachtens die Qualität dessen was heute gelehrt wird überhaupt noch aus, um als solide Basis im späteren Berufsleben bestehen zu können?

Volkmann: Das ist nicht ganz einfach zu beantworten, da die Standards und Anforderungen einem ja heutzutage vorgesetzt werden.

Volkmann, Jahrgang 1947, ist promovierter Diplom- Ökonom und lehrt seit 40 Jahren an der am heutigen Fachbereich für Sozialökonomie der Uni Hamburg.

Wir haben damals unter einem erfolgreichen Studium vor allem auch das Erlernen von Kritikfähigkeit und die selbständige Analyse, zumindest die Befähigung dazu, verstanden, beispielsweise zentrale Konflikte und deren Widerspiegelung in den verschiedenen Theorien herauszuarbeiten und damit viele Phänomene einordnen zu können. Das alles ist aufgrund der verdichteten Lehrpläne heute schon aus rein zeitlichen Gründen gar nicht mehr möglich und daher im Grunde genommen auch gar nicht mehr vorhanden. Und im Alltag kommt „Kritikfähigkeit“ ohnehin nicht mehr vor.

Wenn Sie die Studenten aus den 70er Jahren mit den Jungakademikern von heute vergleichen, welche Unterschiede fallen Ihnen da auf, gibt es da besondere Merkmale?

Volkmann: Mir fallen da schon sehr große Unterschiede auf. Die Studenten der damaligen Zeit, haben da schon sehr viel mehr an politischem und gesellschaftlichem Wissen zur Hochschule mitgebracht. Durch ihre politische Tätigkeit hatten sie auch meist schon ihre eigenen Positionen gefunden, so dass man sich mit ihnen auch auseinandersetzen konnte.
Heute kommen die meisten schon politisch etwas blass, gesellschaftspolitisch unbeleckt und mit einem überraschend geringen Interesse zu uns, aus diesem Studium mehr mitzunehmen als das, was erforderlich ist, um einen erfolgreichen Abschluss zu erzielen…

… um es auf die Kurzformel zu bringen- zu viel Pragmatismus und zu wenig Idealismus?

Volkmann: Ja, aber vor allem keine Utopie mehr! Die Studenten im Jahr 2012 bringen keine Wüsche mehr ins Studium mit, sich gesellschaftspolitisch mit einzubringen, es fehlt der Blick über den Tellerrand - zumindest gilt das für einen Großteil. Allerdings gab es früher auch mehr attraktive Angebote durch Gewerkschaften, Parteien und andere Bildungseinrichtungen, so dass man bereits vorgebildet war und „eine politische Persönlichkeit" war.

Attraktive Mitgestaltungsmöglichkeiten setzen aber auch den finanziellen Background voraus und der ist durch die Verabschiedung der Schuldenbremse durch den SPD-geführten Senat ja weiter eingeschränkt worden. Wie bewerten Sie denn diese Pläne?

Volkmann: Natürlich muss die Schuldenbremse kritisiert werden, aber sie ist jetzt leider grundgesetzlich verankert. Der Hamburger Senat und auch die Bundesregierung konzentrieren sich nur darauf, bei geringeren Einnahmen die Ausgaben zu reduzieren, um das Defizit zu minimieren. Eine andere Variante – und dafür plädiere ich – wäre, bei steigenden Ausgaben auch die Einnahmen zu erhöhen. Da gibt es ja auch eine ganze Reihe von Maßnahmen, die im Sinne einer alternativen Wirtschaftpolitik auch immer wieder von mir vorgestellt werden. Wenn wir mit Blick auf den Spitzensteuersatz, auf die Vermögenssteuer oder Körperschaftssteuersätze wieder zu den Steuersätzen zurückzukehren würden, die unter Helmut Kohl gegolten hatten, dann hätten wir die Möglichkeit, auch ohne Ausgabenkürzung die Kriterien der Schuldenbremse zu erfüllen.

Was empfehlen Sie in Ihrer Eigenschaft als Ökonom denn mit Blick auf die aktuelle Euro-Krise, eher einen Sparkurs wie er von Bundeskanzlerin Angela Merkel forciert wird, oder unterstützen Sie eher einen Kurs, wie ihn der neue französische Staatpräsident Francois Hollande vertritt, der ja vor allem den Fokus auf Investitionen lenkt?

Volkmann: Gott sei Dank ist die Mehrheit schon längst so weit, dass in Ahnlehnung an die keynesianische Theorie mittlerweile auch sehr rationale und plausible Überlegungen realisiert werden können. Sparen richtet die Wirtschaft in Griechenland jetzt bereits seit zwei Jahren zu Grunde und die Mehrheit der Nationen in Europa sieht jetzt wohl auch, dass Europa in die Falle des sogenannten Sparparadoxums nach Keynes tritt, dass je mehr man spart, Ausgaben kürzt und damit die Wirtschaft abwürgt, Bedingungen schafft, die erst recht zu Steuerrückgängen führen, somit das Defizit vergrößert wird und folglich erneut zum Anlaß für erneutes Sparen wird. So wird die Wirtschaft insgesamt nur weiter ruiniert. Statt dessen muss man diesem Dilemma eine Politik entgegensetzen die vorsieht, Investitionen zu fördern, die das Wachstum ankurbeln. Daraus würde sich dann wieder eine verbesserte Einkommenslage ergeben, woraus dann mit höheren Steuereinnahmen weiterhin Wachstum wieder finanziert werden kann. Das wäre ein plausibler Schritt, der sich jetzt auch offensichtlich in Europa so durchsetzen wird. Und das liegt auch daran, dass die Franzosen sich für den richtigen Präsidenten entschieden haben (lacht zufrieden).

Bundeskanzlerin Merkel hat vor einiger Zeit vor dem Parlament die Auffassung vertreten, das Europa scheitert, wenn wir die Euro- Krise nicht in den Griff bekommen und infolge dessen die Währung zerbricht. Welche Bedeutung geben Sie denn dem Euro, teilen Sie ihre Einschätzung?

Volkmann: Das ist eine sehr komplexe Frage, die ich in Anbetracht der Zeit nur verkürzt beantworten kann. Zum einen muss man auf die friedenserhaltende Dimension verweisen, die von einer gemeinsamen Währung ausgeht; das ist zwar nicht die alleinige, aber sehr wohl eine wichtige Voraussetzung, die das Zusammenleben der Völker erleichtert. So hat sich wohl bei den Gründervätern im Zusammenhang mit der Sehnsucht nach einem einheitlichen Europa mit der Zeit wohl auch das Bedürfnis nach einer einheitlichen Währung entwickelt. Wenn der Euro scheitert, gäbe es wieder eine Rückkehr zu nationalstaatlichen Egoismen und die aggressive Außenwirtschaftsorientierung Deutschlands kann eigentlich nur diszipliniert werden in einem Europa, in dem Deutschland zwar eine wichtige, aber eben auch nur eine Stimme unter vielen hat.

Vom Ausflug auf die europäische Bühne wieder zurück zu Ihnen. Wie bereits anfangs erwähnt, lehren Sie jetzt seit vier Jahrzehnten hier an dieser Fakultät. Sicherlich gibt es über einen so langen Zeitraum Ereignisse, die hängen geblieben sind.
Wir bitten um eine Kostprobe!

Volkmann: Besonders gerne erinnere ich mich daran, wie man in zahlreichen Diskussionen mit den Studierenden Ideen, ja Utopien entwickeln konnte.
Zum einen war da die fachliche Seite, die eher durch mich vertreten war, zum anderen die politische Ebene, die eher aus den Studenten bestand. Aber durch das Zusammenwirken dieser beiden Seiten konnte ein intellektueller Prozess in Gang gebracht werden, über dessen Entstehen und dafür, dass ich in gebotener wissenschaftlichen Seriosität daran mitwirken durfte, ich sehr dankbar bin!

Fallen Ihnen denn auch spontan Verbesserungsvorschläge ein?

Volkmann: Ja und diese würden sich vor allem auf die heutige Situation beziehen. Und darauf habe ich nun mal keinen Einfluss mehr, da das ohnehin strukturelle Veränderungen sind, die politisch und gesamtwirtschaftlich entschieden sind. Das neoliberale Denkverbot, in den Sozialwissenschaften weder über Geschichte noch über Utopien nachzudenken, schließt Veränderungen fast aus.
Aber ich würde mir wünschen, dass wieder mehr Studierende sich der Wurzeln dieser Fakultät besinnen und ihr Studium als Privileg verstehen, dass sie als Teil einer kleinen Elite auch nicht vergessen, dass sie Verantwortung tragen für diejenigen, denen die Aufnahme eines Studiums nicht möglich ist! Und damit haben sie auch die Aufgabe, sich ein wenig unterzuordnen den Interessen derer, die diese Chancen nicht haben.

Stellen Sie sich vor, Sie stünden noch einmal ganz am Anfang ihrer Karriere, aber mit den Erfahrungswerte, die Ihnen heute zur Verfügung stehen. Würden Sie den gleichen Weg so nochmals bestreiten oder könnten sich auch Alternativen in anderen Bereichen vorstellen?

Volkmann: Nein, ich habe ja bereits in meiner Abschiedsvorlesung gesagt, dass ich in der Volkswirtschaftslehre beheimatet bin. Sie ist meines Erachtens die Krönung aller Wissenschaften, weil sie ein breites Repertoire wie beispielsweise Politik, Kultur, Wirtschaft, Geschichte in einem großen Potpourri vereint. Das Fach so zu lehren war an dieser Hochschule hier möglich, ich betone es war früher hier möglich. Heutzutage schiebt sich leider eine sehr eindimensionale Volkswirtschaft in den Vordergrund, die wenig noch nachdenkt, vieles einfach vorgibt.

Aber Sie würden sich trotz dieser Entwicklung nochmals für die gleiche Profession entscheiden?

Volkmann: Ja! Man fühlt sich ja auch ein wenig geschmeichelt, wenn man mit seinem Wirken die Möglichkeit hat, dass Denken vieler an-

derer zu beeinflussen, Multiplikator zu sein und damit auch ein eigenes, vielleicht auch ein politisches Vorhaben zu teilen und damit letztendlich auch andere ideengeschichtlich zu leiten und gedanklich zu führen, wohlgemerkt: nicht zu verführen! Aber diese Möglichkeit neue Impulse zu geben und Einfluss auf die gesellschaftliche Entwicklung zu nehmen, empfinde ich schon als Auszeichnung.

Was steht auf der To Do- Liste von Rainer Volkmann, wenn er im Juli die Uni verlässt?

Volkmann: Erst einmal bin ich überrascht, dass sich in meinem Leben gar nicht so viel geändert hat. Ich habe nach wie vor noch etliche Lehrverpflichtungen, die bis ins übernächste Jahr hineinreichen und zwar sowohl hier an der Hochschule, als auch in anderen Institutionen. Dann bin sehr engagiert im politischen Spektrum in Hamburg, ich leite den Arbeitskreis für Wirtschaft, Haushalt und Finanzen bei der LINKEN; darüber hinaus gibt es noch eine Reihe weiterer Aktivitäten, etwa im Rosa-Luxemburg-Bildungswerk. Kurzum, es wird alles fast beim Alten bleiben.

Gibt es etwas, was sie dem Fachbereich Sozialökonomie mit auf den Weg geben wollen?

Volkmann: Ich empfehle den Studierenden, vor allem die Dinge kritisch zu hinterfragen. Und das gilt auch für die Auswahl und Vermittlung von wissenschaftlichen Theorien in den Vorlesungen. Immer ist zu fragen, welche Interessen werden abgebildet, was ist der gesellschaftliche Hintergrund und welche Erkenntnisse erhalte ich in meiner Stellung als Student/in und später als Arbeitender.

Herr Volkmann, wir danken Ihnen für dieses Gespräch. ■

MATHIAS KIFMANN ERHÄLT PREIS FÜR SEINE FORSCHUNG

TEXT **CELESTE FREDES MENDOZA, NICO JAENECK**

Mathias Kifmann, der seit 2011 an unserer Fakultät lehrt, hat am 29. März 2012 einen mit 5.000 Euro dotierten Preis von der Deutschen Gesellschaft für Gesundheitsökonomie (DGGÖ) erhalten. Diesen erhielt er auf der Jahrestagung der Gesellschaft, die vor allem zur Förderung der Wissenschaft, Forschung und wissenschaftlichen Politikberatung auf dem Gebiet der Gesundheitsökonomie gegründet wurde. Desweiteren ist Mathias Kifmann Kernmitglied des Hamburg Center for Health Economics. Dieses ist ein gemeinsames Zentrum der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und der medizinischen Fakultät der Uni Hamburg. Hier wird nach Lösungen für die aktuellen Herausforderungen der Gesundheitsversorgung gesucht. Und des Gesundheitssystems. Als Dozent bietet er auch Kurse über Gesundheitsökonomie an unserer Fakultät an.

Die Publikation, die den Preis erhielt wurde 2011 im „Journal of Health Economics“ veröffentlicht. Mathias Kifmann und seine Koautorin Kerstin Roeder, die an der LMU München tätig ist, veröffentlichten diese unter dem Titel „Premium Subsidies and Social Health Insurance: Substitutes or Complements?“.

In dieser Arbeit wird untersucht inwieweit im Rahmen eines Optimalsteuermodells Prämiensubventionen eine soziale Krankenversicherung ersetzen können. Es zeigt sich, dass es eine Verbindung zwischen Einkommen und Gesundheit gibt, welche dabei eine zentrale Rolle spielt. Durch eine empirisch plausible Wechselseitigkeit zeigt sich, dass Prämiensubventionen nicht als Substitut für eine Sozialversicherung dienen können. Vielmehr sind diese als Komplement anzusehen. Anwendung findet ein solches Modell besispielsweise in der Schweiz. ■

HÖRT ENDLICH DIE SIGNALE! PLÄDOYER FÜR DIE INTERDISZIPLINARITÄT IM STUDIUM

TEXT **MANFRED WEICHSEL**[1]

I.

Aus der bislang windstillen Ecke der Gewohnheit kommt plötzlich frischer Wind auf: „Für eine Erneuerung der Ökonomie". Mit dieser Überschrift haben Wirtschaftswissenschaftlerinnen und Wirtschaftswissenschaftler ein Memorandum[1] versehen, in dem sie ihre Disziplin einer Selbstkritik unterziehen. Es ist ein „Aufstand gegen die herrschende Lehre", wie die Süddeutsche Zeitung ihren Bericht treffend überschrieb[2]:

Mit der nach wie vor anhaltenden Finanzkrise seien auch die Wirtschaftswissenschaften in eine tief greifende Krise geraten. Die überwiegende Mehrheit der Volkswirte hätten die Finanzkrise nicht vorhergesehen. Vielmehr hätten sie die theoretischen Grundlagen für eine Krisen verursachende oder verschärfende Wirtschaftspolitik gelegt, einer „marktkonformen" Politik zugearbeitet, die zu wachsenden Einkommens- und Vermögensdisparitäten geführt hätte.

Sozialwissenschaftler anderer Disziplinen, aber auch Personalverantwortliche in Unternehmen äußerten die Befürchtungen, das Wirtschaftsstudium in seiner heutigen Form leiste einer ethisch fragwürdigen Ökonomisierung des Denkens Vorschub. Studierende forderten seit langem, dass „ethische Reflexionen" zu einem festen Bestandteil und zu einem „roten Faden" des Wirtschaftsstudiums werden müssten, damit Wirtschaftswissenschaftler in der Lage seien, „verantwortlich handeln" zu können. Forschung und Lehre in den Wirtschaftswissenschaften, Finance und Management sollten erneuert werden „mit dem Ziel, dem Allgemeinwohl besser zu dienen". Die ethischen Grundlagen der herrschenden Lehre in den Wirtschaftswissenschaften seien zur Diskussion zu stellen. Vor allem von Studierenden werde schon lange die Realitätsferne der volkswirtschaftlichen Theoriearbeit kritisiert, die durch ihre Mathematisierung vergessen lasse, dass die Wirtschaftswissenschaften nicht den Natur-, sondern den Geistes- und Sozialwissenschaften zuzurechnen seien. All diese Fehlentwicklungen seien von übergreifender gesellschaftspolitischer Bedeutung. Die wirtschaftswissenschaftliche Disziplin habe sich „dogmatisch verkapselt". Deutliche Zeichen für diesen „akademisch unhaltbaren Zustand" seien, dass Ökonomen bedeutsame Forschungsarbeiten unterlassen würden, weil diese „wissenschaftlich keine Rendite" einbrächten, eine um sich greifende „akademische Prostitution" und einen Wissenschaftsopportunismus zur Folge habe; wissenschaftliche Nachwuchskräfte würden bei öffentlich von der herrschenden Lehre abweichender Position „um ihre wissenschaftliche Karriere fürchten" .

Gefordert wird die Akzeptanz abweichender Ansichten in Forschung und Lehre, die Aufnahme interdisziplinärer Inhalte in den Lehrplänen sowie die sachlich gebotene Pluralität bei der Vergabe von Fördermitteln.

Erstrebenswert sei eine reife, undogmatische Sozialwissenschaft, die einer guten und gerechten Ordnung der Gesellschaft dienlich sei; Kontroversen müssten redlich und offen ausgetragen werden. Soweit das Memorandum in Kurzform. Ergänzend ist hinzuzufügen, dass Prof. Thomas Straubhaar, Chef des Hamburgischen Weltwirtschafts-Instituts, in seinem Beitrag im Hamburger Abendblatt kürzlich über die Wirtschaftswissenschaften ebenfalls deutliche Worte gefunden hat und seine Überzeugung zum Ausdruck brachte, „Interdisziplinarität (sei) wichtiger denn je".

II.

Fragen wir nicht, warum einige Dutzend akademisch Gebildete und wissenschaftlich Tätige in gesicherten Positionen erst jetzt öffentlich den Mut aufbringen, sich des eigenen Verstandes zu bedienen, wie Kant es ausdrückte. Seien wir froh, dass es endlich geschehen ist.

Schauen wir nur auf die WiSo-Fakultät der Universität Hamburg und in ihr auf den Fachbereich Sozialökonomie, dessen Vorgängerin die Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik (HWP) war, so ist festzustellen: Viele Punkte der Diagnose im Memorandum treffen inzwischen auch auf diesen Fachbereich zu. Hier seien nur einige Punkte hervorgehoben:

Die Studierenden sind inzwischen mehrheitlich einer Hochschullehrerschaft ausgeliefert, die vorrangig ihre wissenschaftliche Karriere im Auge hat - und das in dem im Memorandum geschilderten Milieu.

Manche Lehrenden am Fachbereich Sozialökonomie legen verstärkt großen Wert darauf, sich mono-disziplinär, d.h. nach überkommenen weltfremden Zunft-Aspekten zu gruppieren - frei nach dem Motto: Betriebswirte: hierher - Volkswirte: hierher - Politologen und Soziologen: sollen sich selten machen! Wie diese Lehrenden interdisziplinär zueinander finden sollen mit anderen, bleibt rätselhaft.
Die Studierenden, die ihre berufliche Zukunft vor sich haben, bleiben nicht nur über die ethischen Grundlagen der herrschenden Lehre in den Wirtschaftswissenschaften unaufgeklärt, sondern überhaupt von ethischen Reflexionen unbehelligt. Nicht nur im Fach Betriebswirtschaftslehre kann man sein Studium beenden, ohne je mit ethischen Themen konfrontiert zu werden. Ethik und Verantwortung sind nicht Gegenstand der Lehre.[4]

Interdisziplinäre Ansätze werden immerhin in den Interdisziplinären Grundkursen vermittelt. Aber schon in diesen Grundkursen lehren zu häufig nicht die Hochschullehrer; sie überlassen die ihnen eher lästige Lehrtätigkeit zu oft ihren wissenschaftlichen Hilfskräften, die - wie ihre Chefs oder Chefinnen - oft genug nur über Erfahrungen verfügen, die über Kindergarten, Schule und Universität nicht hinausreichen, also auch kaum didaktische Vermittlungsfähigkeiten oder -erfahrungen besitzen.

III.

Worauf soll es nun im Fachbereich Sozialökonomie hinauslaufen, was ist zu tun? Wer das Studium der Sozialökonomie aufnimmt, muss sich darauf einstellen können, auch dürfen, dass er/sie von Anfang an die vier Fachrichtungen (VWL, BWL, Soziologie, Rechtswissenschaft) interdisziplinär zu begreifen hat, die Hochschullehre also fächerübergreifendes Profil hat. Eine vorgeblich saubere Trennung nach Disziplinen hat problemorientiertes Lernen noch nie gefördert. Mono-disziplinäres Schmalspur-Denken ist zwar bequemer, qualifiziert aber nur unzulänglich.

Die Studierenden könnten ihre vier Fächer mit Hilfe eines angebotenen Projektstudiums interdisziplinär verbunden praxisorientiert begreifen und so einen geübteren Blick auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Wirklichkeit werfen. Im Arbeitsleben wird längst Teamarbeit verlangt. Folglich geht es gerade nicht darum, die Studierenden in eine ökonomistisch-buchhalterische Perspektive zu zwingen und sie bloß zur Anwendung des Effizienzprinzips zu befähigen.
Die Studierenden könnten bei besserer Pflege einer intensiven Kommunikation und Kooperation zwischen den Studierenden und den Mitgliedern des Lehrkörpers über alle Fächer hinweg wesentlich solider ausgebildet werden. Es gilt schließlich, die Studierenden in die Lage zu versetzen, sich eine verantwortungsbewusste Entscheidungs-, Kommunikations- und Handlungsfähigkeit anzueignen. Sie sollen in die Lage versetzt werden, ihre Interessen an der Gestaltung einer lebenswerten Wirtschaft und Gesellschaft als verantwortlich Handelnde wahrnehmen zu können.
Wer das Studium der Sozialökonomie aufnimmt, muss es mit Lehrenden zu tun haben, die den Studierenden jene Wertschätzung entgegenbringen, die sie als Studierende mit praktischer (auch vielfältiger) Berufserfahrung verdienen.
Wer im Fachbereich Sozialökonomie lehrt, muss selbst ein hohes Interesse an Interdisziplinarität haben und Kenntnisse fächerübergreifend vermitteln können.
Wenn sich die lehrenden Wirtschaftswissenschaftler als Vertreter der Geistes- und Sozialwissenschaften verstünden, könnten sie längst einen interdisziplinären Ansatz in Kooperation auch mit Psychologen, Neurologen , Soziologen und Vertretern weiterer Disziplinen entwickeln und z.B. vom schon immer realitätsfernen Homo oeconomicus endlich Abschied nehmen und die Überbetonung von Rationalität, Kalkül und Effizienz (bloßes Kosten-Nutzen-Denken) als unzulänglich verwerfen.
Wer es mit Studierenden mit Berufserfahrung zu tun hat, muss seinen Stoff auch so vermitteln können, dass die praktische Relevanz des zu vermittelnden Stoffes deutlich wird. Wichtig ist z.B. auf kritische Nachfragen souverän antworten zu können.
Bei der Berufung der Mitglieder des Lehrkörpers darf nicht nur das Forschungsinteresse des zu Berufenden wichtig sein; gleichwertig und gleichgewichtig ist auch die didaktische Fähigkeit zur Lehre. Die mono-disziplinäre Herkunft der Lehrenden darf nicht länger als Nonplusultra betrachtet werden. Fächerübergreifende Kenntnisse sind bei den Lehrenden vorauszusetzen bzw. müssen von den Lehrenden nachprüfbar erworben werden.
Wichtig für die Studierenden ist die Qualität des Lehrkörpers, die Dichte ihrer Betreuung, ihr Mitbestimmungsrecht, die wirksame Kritik an Lehrveranstaltungen, der wechselseitige Respekt voreinander.
Wichtig für die Lehrenden ist, dass sie innerhalb einer Organisation wie einer Fakultät bei der Willensbildung und am Informationsfluss profund beteiligt sind. Sie müssen gehört werden, dürfen nicht Objekt übergeordneter Instanzen sein, müssen ihr Wort gewichtig in die Waagschale werfen dürfen. Entscheidungskompetenzen und Ressourcenverantwortung müssen - so weit wie möglich - von der Zentrale der Universität Hamburg auf die Fakultät und von der Fakultät auf die Fachbereiche verlagert werden. Wichtig sind kurze Entscheidungswege und -zeiten, flache Hierarchien und studierenden-nahe Service-Einheiten. Die frühere HWP war dafür ein ausgezeichnetes Modell, auf das mit deren juristischer Entsorgung trotz großen Lobs grundlos verzichtet wurde und wird.
Der Fachbereich Sozialökonomie muss ein Alleinstellungsmerkmal besitzen, das ihn von anderen Fachbereichen qualitativ deutlich positiv abhebt; im Übrigen muss er sich daran messen lassen, wie erfolgreich die Studierenden als Absolventen in der Arbeitswelt waren und sind.
Prof. Lenzen hat als Präsident der Universität Hamburg kürzlich ausdrücklich betont4, man müsse „von jedem akademischen Unterricht erwarten, auch von dem berufsorientierten, dass er einen Beitrag zu allgemeiner Menschenbildung (vulgo: Persönlichkeitsentwicklung) leistet“.
Zugleich hat er den Rahmen umrissen: Ziel der wissenschaftlichen Ausbildung sollte es sein, „Persönlichkeiten herauszubilden, die nicht auf Glauben, sondern auf Wissen setzen, nicht auf Meinung, sondern auf Tatsachen, nicht auf Indoktrination, sondern auf kritische Reflexion und Zweifel“; dies könnte man „kaum besser erwerben als in einem wissenschaftsmethodisch qualifizierten Unterricht, der auf Prozesse des Verstehens, Zweifelns und Kritisierens setzt und nicht auf fertige Ergebnisse“.
Eine deutliche Verbesserung der Verhältnisse lässt sich nur durch eine Berufungspolitik erreichen, die endlich jene auswählt, die diesen Rahmen als didaktisch Geschickte auch ausfüllen und sich forschend fächerübergreifend der Interdisziplinarität widmen.
Ein letzter Tipp: Angesichts der nicht auszuschließenden Beratungsresistenz der vorhandenen Hochschullehrerschaft sollten die Studierenden auch mit Hilfe ihrer Vertretungen auf einer Ringvorlesung bestehen und z.B. jene Fachkräfte aus der nahen und fernen Nachbarschaft der Universitäten in Lüneburg, Flensburg, Bielefeld und Bochum einladen lassen.[5]
Erinnert sei abschließend an ein Motto von Lew Kopelew: „Beeilt Euch, Gutes zu tun“. ■

1 Manfred Weichsel hat von 1963-1965 im 16. Lg. an der Akademie für Wirtschaft und Politik (später HWP) studiert. Danach hat er Rechtswissenschaft studiert und mit der großen juristischen Staatsprüfung abgeschlossen. Seine berufliche Laufbahn beendete er als Staatsrat für Arbeit in Bremen. Er ist seit 2005 Mitglied des Vorstandes der GdFF.

2 Eine Initiative von Ulrich Thielemann, Tanja von Egan-Krieger und Sebastian Thieme, in: www.mem-wirtschaftsethik.de

3 Siehe Süddeutsche Zeitung vom 4.4.2012, S. 17.

4 Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auf die sehr aufschlussreichen Ausführungen von Julian Nida-Rümelin: Die Optimierungsfalle, Philosophie einer humanen Ökonomie, München 2011.

5 Siehe Dieter Lenzen: Humboldt aufpoliert, in: DIE ZEIT Nr. 12 vom 15.3.2012, S. 77.

HUMBOLDT AUFPOLIERT

TEXT **DIETER LENZEN**

Kann ein Studium Bildung und Ausbildung zugleich sein? Ja!
Von Dieter Lenzen

Mit der Bologna-Reform ist es wie mit dem Euro: Ob gewollt oder nicht, wir werden uns mit ihren Konsequenzen auseinandersetzen müssen. Im Falle von Bologna mit den Nebenfolgen eines Neuanfangs, der das kontinentale, in seinen Grundlinien fast tausendjährige Konzept der Universität einem atlantischen Verständnis von higher education geopfert hat. Im Kern der Umstellung des universitären Bildungssystems stand in den vergangenen zehn Jahren der Bachelor als „erster berufsqualifizierender Abschluss". Die aus der Bologna-Deklaration von 1998 übrigens nur hierzulande so erfolgte Ableitung einer unbedingten Forderung nach „Beschäftigungsfähigkeit" der Hochschulabsolventen hat eine fast vollständige Transformation des universitären Auftrags nach sich gezogen: weg von der „allgemeinen Menschenbildung durch Wissenschaft", hin zur Berufsausbildung. Diese Transformation hinterlässt ein Vakuum, das sich nicht durch „allgemeine berufsorientierende Studienanteile" vom Schlage praktisch-nützlicher Bewerbungstrainings, Persönlichkeitsseminare, Präsentationstechniken oder ähnlichem „Soft-Skills-Training" füllen lässt. So gesehen, befinden wir uns in der Situation Wilhelm von Humboldts in der Wende zum 19. Jahrhundert, der mit seiner Gegengründung der Berliner Universität den Akademien und Spezialschulen mit ihrem Nützlichkeitsdenken eine Institution gegenüberstellen wollte, die auf „Bildung durch Wissenschaft" setzte. Das Ergebnis war indes eine Einrichtung, in der auch das Standesdenken des deutschen Bildungsbürgertums seinen Anfang nahm, sodass eine Kopie heute ausgeschlossen ist. Denn heute müssen wir zugleich eine zweite Frage beantworten: Wie können wir Bildung durch Wissenschaft statt für drei für mindestens 50 Prozent eines Altersjahrgangs verwirklichen? Wie kann das funktionieren, wenn wir gleichzeitig den jungen Menschen einen Weg in den Beruf eröffnen wollen? Kurzum: Wie kultivieren wir in einem zweiten, durchdachteren Prozess, in »Bologna 2.0«, die Möglichkeit allgemeiner Menschenbildung für eine künftige freie, demokratische Gesellschaft bei der gleichzeitigen Notwendigkeit akademischer beruflicher Bildung zur Sicherung von Beschäftigung und Innovation?

Ein Hochschulstudium ist kein Verschiebebahnhof

Die Formulierung der Frage schließt eine gern gegebene Antwort aus: diejenige, dass für das harte Berufsleben die Fachhochschulen und für die weiche Allgemeinbildung die Universitäten und dort womöglich nur die Geisteswissenschaften zuständig seien. Diesen Fehler haben Fichte und spätere Erben Humboldts begangen, die sich ein Refugium schufen, dessen lnnerlichkeitskult Max Horkheimer bereits 1952 beklagte.

Diese Erkenntnis wiederum darf aber auch nicht bedeuten, dass der erste Zyklus der universitären Ausbildung, der Bachelor, sich berufsbildend versteht und der Master die Allgemeinbildung nachschiebt. Wir müssen von jedem akademischen Unterricht erwarten, auch von dem berufsorientierten, dass er einen Beitrag zu allgemeiner Menschenbildung (vulgo: Persönlichkeitsentwicklung) leistet. Ein solcher Unterricht muss:

1.Dem Prinzip der methodisch gesicherten Kritik - dafür stand Humboldt auch - und dem radikalen Zweifel an allem folgen.

2.Erkenntnisorientiert sein, ohne zu leugnen, dass Erkenntnisse Interessen folgen.

3.Das Verstehen vermitteln.

4.Immer historisch sein und die Geschichtlichkeit des scheinbar Sicheren thematisieren. Hochschullehrer müssen natürlich auch lernen, so zu lehren. Das kann nur gelingen in einer Universität, die selbst bestimmte Bedingungen erfüllen muss:

1.Sie muss sich, neben der Presse und der Kultur, als vierte Gewalt verstehen und deshalb Öffentlichkeit zum Prinzip erheben.

2.Die Universität leistet Aufklärung nicht nur für ihre Studierenden, sondern für die gesamte „Gemeinde", die sie unterhält, sie ist ihr Bestandteil.

3.Die Universität wird nur noch erfolgreich im Sinne von beruflicher und allgemeiner Bildung arbeiten können, wenn die Partizipation an Prozessen und Entscheidungen an der Basis gesichert wird.

4.Die Universität muss ausreichend Zeit gewähren.

5.Die Universität muss der Ort des, wie Derrida es nennt, »unbedingten Widerstands« sein können.

Oberstes Ziel muss sein, dass die Universitäten integrierte, nicht additive Einrichtungen von allgemeiner Menschenbildung und Berufsbildung sind, zwei Elemente, die einander nicht widersprechen dürfen. Das könnte bildungsorganisatorisch heißen, dem Bachelorstudium ein einjähriges Universitätskolleg vorzuschalten, in welchem Wissenschaftspropädeutik im klassisch kritischen Sinn geleistet wird. Oder es könnte, während eines deutlich längeren Bachelorstudiums, ein wissenschaftlich allgemeinbildender Teil parallel laufen. Oder man gestaltet es als nachlaufenden, metareflexiven Teil des Studiums, ohne den ein Abschluss unmöglich ist. Die Universität muss so tun, als wollten alle Studenten Wissenschaftler werden. Ein solches Studium generale ist hin und wieder bereits realisiert worden, gelegentlich als obligatorischer Studienanteil, dann wieder als freiwilliges Angebot. Doch selbst bei Vorträgen prominentester Gelehrter füllt sich nur selten ein großer Hörsaal mit jungen Studierenden. Stattdessen streben Zehntausende Senioren in die Hochschulen, um in ausgewählten Veranstaltungen „ein bisschen etwas für die Allgemeinbildung zu tun". Wir stehen also auch insofern erneut vor der Herausforderung des frühen 19. Jahrhunderts: nämlich durch die Art und die Inhalte des Unterrichts nicht anders als forschend zu lehren.

Der diffamierend gemeinte Satz, die deutsche Universität tue so, als ob alle Studierenden Wissenschaftler werden wollen, ist im Prinzip richtig, sollte aber positiv gewendet werden: Die Universität muss so tun. Denn wenn es das Ziel sein soll, Persönlichkeiten herauszubilden, die nicht auf Glauben, sondern auf Wissen setzen, nicht auf Meinung, sondern auf Tatsachen, nicht auf Indoktrination, sondern auf kritische Reflexion und Zweifel, dann können sie dieses kaum besser erwerben als in einem wissenschaftsmethodisch qualifizierten Unterricht, der auf Prozesse des Verstehens, Zweifelns und Kritisierens setzt und nicht auf fertige Ergebnisse.

Es ist aber auch darauf zu achten, dass durch die so lange überfällige Gleichstellung des Unterrichts mit der Forschung keine Spezies Hochschullehrer entsteht, die sich nur noch als „Vermittler" verstehen. „Teilhabe" ist hier das richtige Stichwort; Teilhabe der Studierenden an den Erkenntnisprozessen, die in der Hochschule stattfinden, und Teilhabe der Lehrenden an dem heute oft nur noch im Team möglichen Erkenntnisfortschritt. Insofern ist die Hochschule weder Wissensproduzent noch Wissenstransporteur, sondern Wissenskatalysator. Allgemeine Menschenbildung darf an der Hochschule nicht an die Stelle der beruflichen Qualifikation treten, ebenso wenig wie der Ersatz allgemeiner Bildung durch Berufsausbildung ein richtiger wäre. Berufliche Bildung ist vielmehr so zu gestalten, dass im Medium des wissenschaftlichen Erkennens zum Zwecke der beruflichen Qualifikation gleichwohl allgemeine Bildung für eine Gesellschaft ohne Status und Übervorteilung möglich ist.

Nachdruck mit freundlicher Zustimmung des Autors und der Wochenzeitung DIE ZEIT, Hamburg

VOM VERLUST DES POLITISCHEN IN DER VWL

TEXT **ARTUR BRÜCKMANN**

„There is no alternative!“ – Margaret Thatcher

Mit dieser Aussage der Alternativlosigkeit wurde und wird bis heute die neoliberale (Wirtschafts-) Politik der ehemaligen britischen Premierministerin legitimiert, die geprägt war durch die Zerschlagung von Gewerkschaften, die ruinöse Privatisierung des öffentlichen Sektors und eine exzessive Deregulierung der Wirtschaft. Ganz im Geiste des Buches „Das Ende der Geschichte“ (1992) von Francis Fukuyama wird hier ein Realitätsverständnis (Paradigma) deutlich, das die derzeitig alleinherrschende, dem Neoliberalismus zugrunde liegende, neoklassische Wirtschaftstheorie als alleingültig und ewig geltend setzt.

Analog zu den Gesetzmäßigkeiten der Umlaufbahnen in der Astronomie will die Neoklassik eine natürliche Tendenz zum Gleichgewicht auf den Märkten in Verbindung mit einem rationalen, nur den individuellen Nutzen maximierenden Menschen (homo oeconomicus) als eine Art natürliche Gesetzmäßigkeit des Wirtschaftens erkannt haben. Dies führt dann z.B. zu der absurden Annahme, man könne mit Hilfe von Marginalanalyse und Ableitung intersubjektiv berechnen, wie viele Fischstäbchen ich essen werde und wie groß der jeweilige Nutzenzugewinn eines jeden Bissen sei. Dass ich aber vegan lebe und anderen schon von Kindes Beinen an bei dem Gedanken an Fischstäbchen übel wird, kann diese Methodik genauso wenig antizipieren, wie sie mit Hilfe von mathematischen Formeln eine Wirtschaftskrise angemessen erklären, geschweige denn überhaupt vorhersagen kann.

Allerdings ist die Krisenerklärung in einer solchen Theorie, die systemimmanent aufgrund eines perfekten, sich selbst durch flexiblen Preismechanismus regulierenden, zum Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage per Naturgesetz strebenden Markt gar keine Krisen kennt, natürlich denkbar verkürzt: Diese können nur entstehen, wenn dieses empfindliche (natürliche) Gleichgewicht durch (künstliche) externe Schocks (Eingriffe des Staates) gestört wird.

Damit wendet sich die Neoklassik mit der Vorstellung eines perfekt funktionierenden Marktes ab von der Empirie, trotz ausgiebigen Wilderns in den Steinbrüchen der Statistik, und hin zu einem idealistischen Wirklichkeitsverständnis (siehe Hans Alberts Modellplatonismus), das aus partiellen Übereinstimmungen von Wirklichkeit und Theorie sofort die gesamte Theorie, das Ideal, bestätigt sieht. Ständig auf der Suche danach, der Realität ihre Theorie aufzwingen zu können, anstatt anhand wirklicher Empirie den umgekehrten Weg zu gehen und zu versuchen, aus einer möglichst großräumig umrissenen Realität eine stimmige Theorie zu entwickeln.

Nun ist es aber nicht so, dass die Neoklassik trotz der – gerade angedeuteten – fehlenden Fähigkeit, die Realität angemessen zu beschreiben, einfach nur mangels alternativer Erklärungsmuster das derzeit alleinherrschende Paradigma der VWL ist, sondern gerade wegen dieser Unfähigkeit zur angemessenen Beschreibung.

Das mag jetzt erst mal verwunderlich klingen, wird aber dann schnell deutlich, wenn neben der bloßen Methodologie auch das Politische der Volkswirtschaftslehre mit betrachtet wird. Damit ist gemeint, die gesellschaftlichen Bezüge der volkswirtschaftlichen Theorien und die (bei der Entstehung) dahinter liegenden Interessen aufzudecken sowie die VWL als Möglichkeit zu begreifen, das Bestehende zu kritisieren und Utopien zu denken, und dadurch aktiv in die Gesellschaft einzugreifen.

Unter diesem Blickwinkel betrachtet wird dann deutlich, dass die Neoklassik als Reaktion auf die marxistische Erklärung von Besitzeinkommen entstanden ist. Karl Marx sieht nämlich die Produktion von Waren als einen konflikthaften Prozess, in dem die Arbeiter*Innen den Besitzer*Innen von Produktionsmitteln (Kapitalist*Innen) ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, um zu überleben. Dadurch ist die*der Arbeiter*In gezwungen, über die für sich notwendige Produktion hinaus noch zusätzliche Güter zu erstellen, also einen Mehrwert zu schaffen, den sich die*der Kapitalist*In dann auf legalem Wege aneignet (Ausbeutung) und den Gewinn darstellen. Die Besitzenden leben also in der marxistischen Theorie von der Arbeit Anderer. Da dies zur Zeit der bürgerlichen Gesellschaft in der Mitte des 19. Jahrhunderts erhebliche politische Sprengkraft bot, spaltete sich die damalige VWL in einen marxistischen Teil, der bis Ende des 20. Jh. die herrschende Lehre der realsozialistischen Länder war, und einen bürgerlichen Teil, der die Neoklassik begründete.

Die Verfechter*Innen der Neoklassik hatten das Interesse, die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft, in der sie lebten, fortdauern und daher nicht als Gesellschaftsordnung erscheinen zu lassen, in der sich Arbeiter*In und Kapitalist*In (in ihren Interessen) antagonistisch gegenüberstehen und der wirtschaftliche Prozess von Ausbeutung lebt, wie der Marxismus das tat und tut.

Die Lösung lag daher denkbar nahe. Es wurde eine Theorie gesucht, die den Interessen der Herrschenden, nämlich dass alles bleibt, wie es ist, bestmöglich dient. Da kam eine Theorie, die das konflikthafte Feld der Produktionssphäre voller Ungleichheit zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden, gen harmonische Konsumtionssphäre verlässt, in der alle gleich sind, gerade recht. Gleich nämlich darin, ihren individuellen Nutzen maximieren zu wollen und dafür etwas in den Produktionsprozess einbringen sowie auf etwas verzichten zu müssen. Die*der Arbeitnehmer*In trägt durch ihre*seine Arbeitskraft zur Produktion bei, verzichtet dafür auf Freizeit und erhält als Belohnung einen Lohn. Die*der Kapitalist*In bringt das Kapital ein, verzichtet auf den Konsum des Kapitals und bekommt dafür Zins bzw. Profit.

Und voilà: Alle sind zufrieden und streben in vollständiger Harmonie der totalen Glückseligkeit entgegen. Dass mit dieser Theorie der Marktwirtschaft nicht erklärt werden kann, wie es überhaupt dazu kommt, dass es Menschen mit Kapital gibt und Menschen, die nur ihre Arbeitskraft verkaufen können (wie dies die Theorie des Kapitalismus anhand von Mehrwert und Ausbeutung erklärt), ist da natürlich nur zweitrangig, zumal es ohnehin nur Ärger gibt, dieses Thema überhaupt auf den Plan zu rufen. Auf dieser Konsumtionsebene ist es dann überhaupt nicht mehr möglich, Kritik zu formulieren, ohne die gesamte Konzeption der Theorie in Frage zu stellen.

Mit diesem historischen Exkurs soll gezeigt werden, dass eine Theorie nur vollständig zu begreifen ist, wenn sie a) als Produkt ihrer Zeit – eingebettet in die damaligen gesellschaftlichen Verhältnisse – präsentiert wird und b) überhaupt als solche benannt werden darf (und nicht als alternativloser Zugang

zur Realität wie dies in der Mainstream-VWL der Normalfall ist).
VWL wird nämlich spätestens dann politisch, wenn sich trotz der selbstverständlich vorhandenen alternativen Theorien – und es muss die Hauptaufgabe der VWL sein, diese aufzuzeigen – in der Lehre und Politik für die eine und eben nicht die andere Alternative (bewusst) entschieden wird.
Die Anerkennung des politischen Gehalts einer jeden Wissenschaft ist übrigens auch der Grund, weshalb unser Fachbereich früher „Hochschule für Wirtschaft und Politik" hieß, ohne dass explizit das Fach Politikwissenschaft gelehrt wurde, eben weil Wirtschafts- und Sozialwissenschaften per se als politische Wissenschaften, die Zukunftsperspektiven aufzeigen können und sollten, verstanden wurden. Die jüngsten Entwicklungen in unserem Fachbereich, die u.a. von der Initiative „Pro Sozialökonomie" angeprangert werden, deuten darauf hin, dass genau dieses eben beschriebene Wissenschaftsverständnis über Bord geworfen werden soll.
So steht z. B. der Kurs „Politische Geschichte" auf der Kippe, weil im Fachgebiet Soziologie teilweise kein Verständnis dafür vorhanden ist, wieso es einen „politischen" Kurs geben sollte, wo das Fach Politische Wissenschaft doch gar nicht zum Fächerkanon der Sozialökonomie gehöre. Prominenteste Exponentin dieser Ansicht ist die neue Fachgebietssprecherin Bettina Hollstein. Wenn wir uns also die letzten Reste Kritischer Wissenschaft bewahren wollen, müssen wir eine gemeinsame Diskussion über die Zukunft unseres Fachbereichs einfordern und die Entscheidungsträger*Innen zwingen, sich mit uns auseinander zu setzen! Denn es gibt immer (mindestens) eine Alternative!

„There are thousands of alternatives!" – Susan George

Ich bedanke mich bei Rainer Volkmann für die interessanten Anregungen aus den Vorlesungen des Grundkurses VWL und des Kurses Makroökonomie und insbesondere der Abschiedsvorlesung, der vieles des hier Geschriebenen entlehnt ist. Ich wünsche dir einen produktiven Ruhestand! ■

"ER KÖNNTE JA KLAGEN ..." – EIN INTERVIEW MIT PETER BIRKE

TEXT **DANIEL GOSCH**

Hallo Peter, was hast du außer Politische Geschichte noch gemacht?
Die letzten beiden Semester habe ich zusammen mit Rainer Volkmann im ÖkSoz-Master die Lernwerkstatt angeboten. Dort ging es um einen kritischen Blick auf die ökonomischen und sozialen Dimensionen der Stadtentwicklung in Hamburg. Im selben Master habe ich auch den Kurs Konflikt und sozialökonomischer Wandel unterrichtet, im Bachelor außerdem Soziologie der Arbeitswelt.

Wie lange warst du insgesamt bei uns?
Seit 2009, zunächst als Lehrbeauftragter, dann als LfbA*. Aber ich bin immer noch „bei uns", weil ich jetzt eine Stelle als wissenschaftlicher Mitarbeiter Forschung habe. Allerdings bin ich aus der Lehre – zumindest im laufenden Semester – ausgeschlossen.

Wie ist das alles abgelaufen im letzten Semester?
Der erste Punkt ist der Konflikt um den Kurs Politische Geschichte. Politische Geschichte wird als einer von drei „propädeutischen" Kursen bezeichnet. Diese Kurse werden von unterschiedlichen Lehrenden unterschiedlich gemacht. Ich hatte mich dafür entschieden, den Schwerpunkt auf die Geschichte des 20. Jahrhunderts und die Geschichte Hamburgs zu setzen. Außerdem habe ich natürlich versucht, meine eigenen Schwerpunkte einzubringen, die lokale und globale Geschichte der Arbeit und der Gewerkschaften, geschichtsphilosophische Fragestellungen, die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik und die Geschichte der sozialen Proteste und Revolten. Und schließlich fand ich es sehr wichtig, dass die Studierenden ihre Erfahrungen und Wünsche eingebracht haben. Das war im letzten Semester beispielsweise der Wunsch nach einer Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte. Wir sind zur KZ-Gedenkstätte Neuengamme gefahren, haben uns mehrere Ausstellungen und Museen angesehen, Stadtführungen gemacht, ein Zeitzeugeninterview. Das Engagement vieler Studierender und auch des Tutors Christian Hartz war aus meiner Sicht ganz toll, und der Kurs hat mir wirklich sehr gut gefallen. Auf der Weihnachtsfeier unseres Fachgebiets wurde mir dann mitgeteilt, dass ich diesen Kurs nicht weitermachen könne. Das war auch das letzte, was ich persönlich von unserer Fachgebietssprecherin (Bettina Hollstein, Anm. d. Red.) mitgeteilt bekommen habe. Meine Arbeit wird jetzt durch einen Lehrbeauftragten gemacht, wobei dieser Kollege ungefähr ein Viertel meines nicht gerade sehr hohen Einkommens verdient. An meinem letzten Kurs Politische Geschichte haben 280 Leute teilgenommen, und es waren rund 220 Klausuren zu korrigieren. Dazu kann sich jeder seinen Teil denken; ich finde, es handelte sich insgesamt um ein absolut unwürdiges Umgehen, sowohl mit dem Kurs als auch mit meiner Arbeit. Das finde ich insgesamt bedauerlich, und es sichert bestimmt nicht die Qualität der Lehre im Fachgebiet Soziologie. Hinzu kommt, dass ich auch im ÖkSoz-Master im Lehrplan vorgesehen war – diese Veranstaltung wurde ebenfalls kurzfristig gestrichen. Und schließlich können auch die Studierenden der Lernwerkstatt von mir nicht weiterbetreut werden, wogegen diese ja auch in einem „offenen Brief" protestiert haben.

Wie erklärst Du Dir diese Reaktionen?
Ein Hintergrund dieser Reaktion war wahrscheinlich die Auseinandersetzung um die Verlängerung bzw. Entfristung meines Arbeitsvertrages. Ich bin wie gesagt seit 2009 an der Ex-HWP, seit 2007 an der Uni beschäftigt, zunächst mit jeweils nur für ein Semester geltenden Lehraufträgen, zuletzt dann eben mit diesem befristeten Vertrag. Der Vorstand unseres Fachgebietes fand trotzdem nicht, dass ich „Daueraufgaben" verrichte und hat sich aufgrund einer Stellungnahme aus dem Fachgebiet Soziologie, die von zwei Professoren unterschrieben wurde und nicht im Fachgebietsausschuss diskutiert worden war, gegen eine Verlängerung / Entfristung entschieden. Bei dieser Gelegenheit wurde begründend auch kommuniziert, dass der Kurs Politische Geschichte aus dem Curriculum verschwinden würde. Das hat dann einige zusätzliche Verwirrung angerichtet: Denn es ging plötzlich nicht mehr alleine um die Verlängerung / Entfristung meines Vertrages, sondern auch um die offenbar ziemlich intransparent durchgeführte Studienreform, die neben dem Kurs Politische Geschichte auch andere Studieninhalte betrifft. Gleichzeitig ist es so, dass es im letzten Jahr ein Urteil des Bundesarbeitsgerichtes gab, welches vorsieht, dass LfbA-Stellen mit Daueraufgaben unter bestimmten Umständen entfristet werden müssen. Ich habe das natürlich geprüft und herausgefunden, dass dies für

mich nicht zutrifft, aber alleine die Möglichkeit, dass ich klagen könnte, hat nach meiner Wahrnehmung eine Art Hysterie ausgelöst. Es wurde seitdem sehr streng darauf geachtet, dass ich nach dem Ende meines Arbeitsvertrages keine Aufgaben mehr übernehme, die ich vorher als LfbA gemacht habe, weil dies nach allgemeiner Auffassung meine Klagechancen erhöht hätte.

Aber wie lassen sich diese „Vorsichtsmaßnahmen" erklären?

Da musst du eigentlich andere fragen, aber mein persönlicher Tipp ist, dass es auch damit zusammenhängen könnte, dass sich die Zahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter an den Hamburger Universitäten in den vergangenen zehn Jahren nahezu verdoppelt hat. Die Hamburger Universitäten sind geradezu berüchtigt dafür, dass sie die befristeten und damit prekären Beschäftigungsverhältnisse immer mehr ausweiten. So sind zum Beispiel 89 % der LfbA befristet beschäftigt, in der Forschung sind es 100 %. Es folgen daraus de facto erhebliche Einsparungen, immerhin handelt es sich alles in allem derzeit um 3.500 Menschen – die Löhne der nur kurzfristig im öffentlichen Dienst Beschäftigten sind auf der Grundlage des geltenden Tarifvertrags erheblich niedriger als die jener, die schon einige Jahre beschäftigt sind. Die daraus folgende enorme Fluktuation und die gleichzeitig extrem schlechte oder sogar nicht vorhandene Einarbeitung neuer KollegInnen verschlechtert systematisch die Qualität der Lehre. Vielmehr werden immer neue Leute ins kalte Wasser geworfen, und es wird ausprobiert, ob sie schwimmen können. Aus meiner Sicht läuft es – und bei weitem nicht nur in unserem Fachbereich – so: Viele Kolleginnen und Kollegen aus dem Mittelbau sind superengagiert, hochqualifiziert, aber das wird stark ausgenutzt und die Universität weigert sich, den Leuten eine vernünftige Perspektive zu geben. Das ist die zweite Dimension dieses Konfliktes und erklärt, glaube ich, einen guten Teil der Überreaktionen, die es in meinem „Fall" gab.

Wirst du noch klagen?

Nein, das habe ich ja schon kurz gesagt. Aber es werden einige Kolleginnen und Kollegen klagen, die andere Arbeitsverhältnisse und deshalb bessere Aussichten haben als ich. Ich finde, dass wir diese Menschen unterstützen sollten. Und ich finde es übrigens auch peinlich, wenn an einem Fachbereich, der früher mal recht „gewerkschaftsnah" war, Panik ausbricht, weil jemand seine ArbeitnehmerInnenrechte nicht einmal wahrnimmt, sondern wahrnehmen könnte.

Nochmal zur Auseinandersetzung um den Kurs „Politische Geschichte". Im Fachgebietsausschuss Soziologie wurde mittlerweile erklärt, dass der Kurs nicht mehr verschwinden, sondern durch „Sozial- und Wirtschaftsgeschichte" ersetzt werden soll?

Ich war auf dieser Sitzung nicht und mein neues Arbeitsverhältnis ist auch nicht mehr im Fachgebiet Soziologie. Aber ich finde, dass alle Leute, die dazu Erklärungen abgeben, sich vielleicht zunächst einmal erkundigen sollten, was bisher in diesem Kurs gemacht wurde. Am besten wäre es sogar, alle Lehrenden, die bislang den Kurs unterrichtet haben und auch solche, die sich dafür interessieren, auch die Studierenden, setzten sich an einen Tisch und sprechen über Stärken, Schwächen und Weiterentwicklungsmöglichkeiten. Ähnlich sollte man meines Erachtens auch mit anderen Reformvorhaben, beispielsweise in Bezug auf den IGK, verfahren. Ob der Kurs dann „Sozial- und Wirtschaftsgeschichte" oder „Politische Geschichte" heißt, halte ich für eher nebensächlich.

Warum werden solche Entwicklungen und Entscheidungen für viele Studierende und Lehrende nicht transparent gemacht?

Mein Eindruck ist, dass wir es zurzeit mit einer sehr schnellen und sehr tiefgreifenden Veränderung zu tun haben, vielleicht in ähnlicher Weise wie bei der Schließung der HWP vor sieben Jahren. Es werden Lehrstühle eingerichtet, unselbstständige Lehre wird durchgesetzt, und die meisten KollegInnen sind erst sehr kurze Zeit da und verschwinden ebenso schnell wieder. Einige Neueingestellte entwickeln dabei eine Art Allergie gegen die HWP-Tradition (was auch immer das sein mag) und die Sozialökonomie. Beides scheint wohl etwas sperrig zu sein, nicht so recht in die neue und eigentlich aber sehr alte, autoritär strukturierte und verwaltete Universität zu passen, mit der man sich aber scheinbar abfinden muss, um voranzukommen.

Dazu kommt die Situation, dass keine der Agierenden in diesem Konflikt zum Sprechen durch Wahlen oder einen Konsens der Menschen, die am Fachbereich arbeiten oder studieren, legitimiert ist. Der Fachbereich hat meines Erachtens eindeutig ein Demokratieproblem. Jetzt ist es jedenfalls so: Wahlen finden nicht statt, Vorstände und Sprecher setzen sich selbst ein, die mittlerweile mit Abstand größte Gruppe der Lehrenden, der akademische Mittelbau, hat nicht einmal eine einzige Vertreterin im Vorstand. Dies alles erhöht meines Erachtens noch zusätzlich die Reibungspunkte in diesem Umstellungsprozess. Zusammengefasst: Mein Eindruck ist, dass die Spannungen, die es gibt und die belastend und bremsend wirken, oft der Einfachheit halber den „Alten" angelastet und nicht auf ihre wirklichen Ursachen zurückgeführt werden. Eigentlich sollten SozialwissenschaftlerInnen so etwas besser können, aber man kann wohl nicht verlangen, dass das, was man methodisch kann, auch auf die eigene Praxis angewendet wird. Dass dies auf Dauer besonders produktiv ist, kann ich mir allerdings auch nicht vorstellen.

Wenn viele ältere Dozenten unsere Einrichtung eher mit einem lachenden als mit einem weinenden Auge verlassen, was sagt das aus?

Diejenigen Dozierenden, die schon sehr lange bei uns sind und dementsprechend auch gewisse Inhalte repräsentieren, merken natürlich schon seit längerem, dass sich die Inhalte wandeln bzw. sehen sie nicht mehr repräsentiert. Ich finde, dass die großartige und ja auch massenhaft besuchte Abschiedsvorlesung von Rainer Volkmann dieses Problem sehr gut verdeutlicht hat. Aber auch das hat nicht nur etwas mit konkret agierenden Personen zu tun, die eben bestimmte Inhalte vertreten und andere nicht, sondern auch damit, dass sich die Universität zunehmend in ein schlecht florierendes Wirtschaftsunternehmen mit prekär Beschäftigten wandelt. Die Bedingungen werden also härter, es wird schwieriger die Freiheit durchzusetzen sich mit bestimmten Inhalten auseinandersetzen zu können.

Wie kann die Situation verbessert werden?

Ich finde, dass es in der Gruppe der Lehrenden und auch der Forschenden ganz viele interessante Ansätze und gute Leute gibt, egal ob „alt" oder „neu" am Fachbereich. Außerdem studieren eine Masse tolle Leute bei uns. Bei uns sind wahrscheinlich so viele Menschen mit Erfahrungen aus dem Arbeitsleben und aus ihrer eigenen politischen und persönlichen Geschichte wie an keiner anderen bundesdeutschen Universität. Aus genau dieser Perspektive, nämlich dass diese Menschen nicht, wie manche meinen, „unter Defiziten leiden", sondern etwas für uns sehr Wichtiges mitbringen, formuliert ja auch die Initiative „Pro Sozialökonomie" ihre Perspektiven. Und ich teile diese Ansicht, denn es wäre schon schön, wenn man diese tollen Voraussetzungen nicht in Machtgeplänkel, Eitelkeiten und Ressourcenkämpfen ersticken würde.

Wie geht es jetzt mit dir weiter?

Ach, danke es geht mir gut, ich kann zwar nicht klagen, aber auch nicht klagen. Darüber hinaus bin ich auch sehr gerne mit meinem kleinen Sohn zusammen und hoffe wie alle auf einen nicht ganz so verregneten Sommer.

Peter, vielen Dank für das Interview! ■

** LfbA = Lehrbeauftragter für besondere Aufgaben*

WIE VIEL KUNST PASST IN EINEN TAG?

TEXT **CLARISSA THELEN**

Ein Kunstmeilenpass, zwei Kommilitonen, fünf Häuser und 16 Ausstellungen.

Hanna und ich haben uns einen ganzen Tag lang mit Hamburgs bildender Kunst beschäftigt und uns so die Frage beantwortet: wie viel Kunst passt in einen Tag? Wie lange kann man sich über Stilmittel, Perspektivwahl und Farbkompositionen unterhalten, ohne dass es einem zu beiden Ohren wieder hinausläuft? Und wie viel bleibt eigentlich rückblickend hängen?

Es ist Donnerstag, Himmelfahrt um genau zu sein, und Hanna und ich sind schon früh auf den Beinen. Nach einer kleinen Stärkung begeben wir uns in die erste unserer fünf Stationen, die Hamburger Kunsthalle. Noch sind wir bei der Sache, schauen uns die Bilder interessiert an, diskutieren mit unserem Halbwissen über Kunst wie die ganz Großen. Beschwingt spazieren wir von Ausstellung zu Ausstellung, von Raum zu Raum, von Bild zu Bild. Die Zeit vergeht wie im Flug und bald verlassen wir die Kunsthalle wieder um uns an die nächste Institution, das Museum für Kunst und Gewerbe, zu wagen. Auf dem Weg dorthin unterhalten wir uns angeregt über die Bilder, die wir gesehen haben, können uns aber nicht auf ein Lieblingsbild einigen. Kaum im Museum für Kunst und Gewerbe angekommen, zieht es uns als Erstes in die Ausstellung über Alexander McQueen, dessen Modedesigns einzigartig sind. Hier sind Inspirationen und eigene Kreationen von McQueen vertreten und Hanna und ich fühlen uns wie im siebten Himmel. Nachdem wir viel zu viel Zeit mit wunderbarer Mode verbracht haben, haben wir kaum noch Zeit den anderen Ausstellungen die Zeit zu widmen, die sie verdient hätten.

Nach einer kurzen Cafépause machen wir uns schon reichlich erschöpft auf den Weg ins Bucerius Kunst Forum. Die Ausstellung „New York Photography“ gibt auf beeindruckende Weise die rasante Entwicklung dieser Weltmetropole wieder und schafft es uns, trotz unserer stetig größer werdenden Müdigkeit, in ihren Bann zu ziehen. Dennoch merkten wir beide, dass unsere Konzentrationsfähigkeit rapide abnimmt.

Mittlerweile hat sich unsere Begeisterung für unser Vorhaben in Luft aufgelöst. Die Tatsache, dass wir noch zwei weitere Kunsthallen vor uns haben, wirkt immer mehr wie ein Zwang. So ziehen wir lustlos weiter in den Kunstverein Hamburgs. Obwohl es auch für mich als waschechte Hamburgerin das erste Mal ist, dass ich diesen Verein betrete, haben wir beide wenig Spaß an dem Ausgestellten. So verlassen wir die Installationen von Gert & Uwe Tobias, sowie von Alexandra Bircken schnell wieder. Unsere anfängliche Diskussionsfreude über Farbkompositionen, Stilmittel und Perspektivwahl hat sich komplett eingestellt und so laufen wir schweigend zu der letzten Station unseres Kunstmarathons.

Auch wenn die Deichtorhallen eindeutig zu meinen Lieblingsorten in Hamburg gehört kommt keine wirkliche Freude auf, als wir unsere letzte Etappe erreichen. Lustlos schlendern wir durch die beiden letzten Ausstellungen, die mich ansonsten wahrscheinlich wirklich begeistert hätten. Aber mein Kopf ist voll und Hannas auch. Also brechen wir die letzte Ausstellung kurz nach Beginn ab und gehen erstmal etwas essen.

Nach einer halben Stunde werden wir langsam wieder zu Menschen und beginnen über den Tag zu reflektieren. Relativ schnell sind wir uns einig: der Kunstmeilenpass ist eine großartige Erfindung, aber fünf Kunsthallen an einem Tag einfach Geld- und Zeitverschwendung. Bei uns beiden ist auf jeden Fall nicht mehr hängen geblieben als totale Reizüberflutung und das ein- oder andere Bild. So spreche ich für uns beide, wenn ich euch dringend davon abrate, sich so viel Kunst an einem Tag einzuverleiben. Es war eine lustige Erfahrung aber noch mal werde ich das nicht machen. So bleibt euch nur zu raten: nehmt euch Zeit für die Kunst und macht daraus keinen Wettkampf, sonst ist das einzige was ihr von einem solchen Tag mitnehmt schmerzende Füße. ■

RECHTSEXTREMISMUS IN DER GEGENWART

Die GdFF veranstaltet am 14.11.12 eine Veranstaltung mit Andreas Speit: „Frauen in der Neonazi-Szene“

TEXT **HELGA MILZ**

Die Gesellschaft der Freunde und Förderer des Fachbereichs Sozialökonomie (vormals HWP) e.V. bietet jedes Jahr am Vormittag der Mitgliederversammlung eine öffentliche Vortrags- und Diskussionsveranstaltung an. (Informationen über die letzten Jahre auf der GdFF-homepage unter http://www.gdff.de/aktivitaeten/arbeitstagung.php). In diesem Jahr präsentiert die GdFF einen prominenten Forschungsschwerpunkt am FB Sozialökonomie. Andreas SPEIT, HWP-Absolvent, Journalist und Publizist aus Hamburg, referierte und der Kollege Wulf D. HUND, Prof. i.R. für Soziologie, moderierte die Veranstaltung über Rechtsextremismus in der Gegenwart.

Das ist ein ebenso beklemmendes wie akutes politisches Themenfeld. Über rechtsextremistische Umtriebe hören wir viel, ohne zu wissen und zu begreifen, was sich da tut: Subversiv und subkutan, sichtbar und unmerklich, mal hier, mal dort, tauchen Neonazis auf, verschwinden, wenn die öffentliche Kritik erstarkt, treten erneut aus dem diffusen Untergrund und Abseits hervor und melden sich mitten zwischen uns zu Wort. Wir neigen dazu, sie als Relikt, ärgerliche Randerscheinung, lästige Nebensache und punktuelle Störfaktoren abzutun, meinten wir doch, diese alten Zeiten weit hinter uns gelassen zu haben. Andreas Speit verweist auf Kontinuitäten: Rechtsextremistische Gruppierungen proben in Ost wie West vielfältige Wege aus, um in die Mitte der Gesellschaft zu gelangen. Sie üben sich im Anbiedern und heimsen Erfolge ein. Da stellt sich die bange Frage, ob der ideologische Bodensatz erneut reif ist, rechtsextreme und völkisch-nationale Parolen aufzunehmen.

Dafür sprechen die verdichteten Daten und Fakten des Referenten. Sie belegen die These mit differenzierten Materialien in Texten/Zitaten, Bildern/Filmen und O-Tönen/Rechtsrockrap eindrucksvoll. Wir begreifen: Sie sind da. Sie sind unter uns. Sie nutzen Nischen. Sie lassen nicht locker. Sie haben den Fuß in der Tür. Und sie haben Zeit wie Geld und Leute, um ihre Ziele zu verfolgen: Sie wollen in der Mitte der Gesellschaft nicht nur ankommen, sondern bleiben und mitgestalten. Wie schaffen sie das?

Der Vortrag skizzierte kurz die historischen Pfade und Umwege von neuen und alten rechtsextremistischen Parteien und Initiativen in Deutschland. Die NPD ist seit den 1960er Jahren aktiv, gewalttätig, nationalsozialistisch, antisemitisch und mit verbrecherischen Parolen unterwegs. Sie hat weit mehr Niederlagen als Erfolge eingesteckt. Aber derweil existieren drei bis vier Generationen von erfahrenen Kämpfern und eingefleischten Ideologen, enttäuschungsfest und wild entschlossen, „opferbereit“ und gnadenlos. Viele brüsten sich intern damit, wegen schwerer Gewalt- und Einbruchsdelikte jahrelang im Knast gesessen zu haben; da lauert eine latente Gewaltbereitschaft, die auf Gelegenheiten wartet. Diese Ressource nutzt die Neonazi-Führung als Drohpotential, verbirgt sie aber, wenn sie dem biederen Erscheinungsbild schadet. Man lernt aus Fehlern, schmiedet Bündnisse zwischen verfeindeten Kameradschaften, übt sich im professionellen Parteimanagement und passt öffentliche Verlautbarungen flexibel an, um modern, bürgernah und jugendlich zu wirken. Die Neue Rechte bedient sich inzwischen anintellektualisierter Texte, um in mittleren Milieus mehr Anschluss zu finden.

Springerstiefel, Glatzen, Bomberjacken, Kampfhunde, rasselnde Ketten und dumpfes Gegröhle wie „Ausländer raus!“ sind out. Man gibt sich kleinbürgerlich und gediegen, nutzt coole Outfits, probt den Habitus des Soliden, zieht grobschlächtige Typen aus dem Blickfeld und schiebt gestriegelte „feine Leute“ und Frauen nach vorn. Die Neonazi-Szene greift Alltagsproblem auf, bietet Kummerkästen für die ältere, Spiele, Sport und Tanz für die jüngere Bevölkerung. Für die Kleinsten gibt es Kinderdrill von rechts, für Heranwachsende konspirative Lager mit den Ritualen deutschnationaler Disziplinierung des Geistes plus Körperertüchtigung. Rund um die Uhr können sich die Kameraden in ihren eigenen Milieus bewegen. Auf Websites wie Parteievents, Partys wie Konzerten und Sonnenwendfeiern, Trainingscamps etc. leben sie in ihren eigenen Netzwerken. Hier bauen sie sich auf mit Haßtiraden, Wutgebrüll, Drohgebaren, Militanz und Gewaltbereitschaft. Das macht Mut, sich in der Masse als omnipotente Heilsbringer zu inszenieren und so um Mitläufer zu buhlen.

Neonazis nutzen Nachbarschaften, um sich im Nahbereich zu etablieren: Feuerwehr und Sportverein, Schützengilde und Seniorenheim, Kindergarten und Schulen sind das Feld, das sie besetzen. In Kommunen treten sie als Helfer und Kümmerer auf, nehmen sich der Sorgen und Nöte der Bevölkerung auf dem Lande und in den Kleinstädten an und erwerben so Anerkennung, Akzeptanz bis Bewunderung und Respekt. Sie können sich dabei auf eins verlassen: Ihre offen oder verbrämt geäußerte Fremdenfeindlichkeit wird von vielen geteilt. Im Fahrwasser einer traditionellen Ab- und Ausgrenzung des Anderen, Fremden, Zugereisten, Migranten etc. können völkisch-nationale Sprüche landen. Slogans, die sich empören, weil „… Menschen der Arbeit hinterher ziehen müssen“, schüren Unzufriedenheiten und kanalisieren sie in die Richtung der vermeintlichen Eindringlinge, der Bonzen und Politiker, die sich alle „auf unsere Kosten“ bereichern. Die Kapitalismuskritik, die in den Parolen und Gesängen aufscheint, ähnelt der linksautonomen Szene, grenzt sich von dieser allerdings im Kern als deutsch-national-sozialistisch, radikal und rassistisch, ab.

Andreas SPEIT war vor seinem Studium an der HWP als Heilerzieher und Journalist tätig. 1996 legte er eine umfangreiche Abschlussarbeit über völkische und antisemitische Bewegungen im deutschen Kaiserreich vor. Dazu promoviert er heute. Er recherchiert und publiziert als freier Journalist für zahlreiche Projekte und Netzwerke über den Rechtsextremismus und ist als ausgewiesener Experte ein begehrter Referent.

Prof. Dr. Wulf D. Hund ist seit April 2012 im Ruhestand. Er betreut eine Reihe von Promovierenden, die Rassismusforschung betreiben. Er forscht seit 15 Jahren zum Thema Rassismus und ist general editor des Racism Analysis Yearbook – 2011 erschien der Band ‚Racisms Made in Germany‘, hg. v. Wulf D. Hund, Christian Koller, Moshe Zimmermann. Berlin u.a.: Lit Verlag – zu weiteren Veröffentlichungen siehe *http://www.wulfdhund.de/*. ■

ARBEITSKÄMPFE

TEXT **KATHARINA DOLL**

„Bildungsfragen sind grundsätzlich Gesellschaftsfragen, und wer das Bildungswesen verändern will, kommt nicht darum herum, die Festungen der bestehenden Gesellschaft zu überwinden."

Was die GEW Hamburg in der Ankündigung einer Veranstaltung zu den Studierendenprotesten in Chile, an der zwei Vertreterinnen der chilenischen Studierenden und ein Vertreters des chilenischen Gewerkschaftsdachverbands CUT teilnahmen, schrieb, veranschaulicht gut, was von chilenischen Gewerkschaftern immer wieder betont wurde: dass die Radikalität und Beharrlichkeit der Proteste auch darauf zurückzuführen waren, dass es nicht nur um das Recht auf ein kostenloses Studium ging, sondern dass es ein Protest gegen die prekären Arbeits- und Lebensbedingungen in einer von Privatisierungen und neoliberaler Politik gezeichneten Nation insgesamt war.

Denn in Chile blieb es 2006 und 2011 nicht bei einer Welle von Schüler*Innen- und Studierendenprotesten und heftigen Straßenkämpfen zwischen Protestierenden und Polizisten. Insgesamt solidarisierten sich große Teile der Bevölkerung (etwa 80 Prozent) mit dem Protest, viele Gewerkschaften und Organisationen beteiligten sich aktiv. Bei seinem Vortrag an der LMU München Ende 2011 berichtete Jorge Andres Murúa Saavedra von der CUT von großen Treffen zwischen Studierenden und Arbeiter*Innen in verschiedenen Universitäten, wo breitere Forderungen und ein gemeinsames Vorgehen im Protest diskutiert wurden. Am 24. und 25. August folgten Hunderttausende einem Aufruf des CUT zum Generalstreik, der eine Rentenreform, Steuersenkungen und die Umverteilung des Wirtschaftswachstums zugunsten des Gesundheits- und Bildungsbereichs zur Forderung hatte und am Rande dessen die Polizei in der Hafenstadt Valparaiso zum ersten Mal scharf auf Studierende schoss und in der Nacht auf den 26.08 der 14-jährige Manuel Gutiérrez Reinoso von einem Polizisten erschossen wurde. Und auch jetzt, nachdem die Welle der letzten Studierendenproteste abgeflaut ist, formiert sich vor allem im südlichen Chile eine neue soziale Bewegung, die vor allem niedrigere Lebenskosten und eine bessere Lebensqualität fordert.

In Chile ist es Arbeiter*Innen und Studierenden gelungen, sich solidarisch für gemeinsame Ziele einzusetzen und eigene Forderungen konsequent zu Ende zu denken. So sagte Paul Flor, internationaler Sekretär der chilenischen Studierendenförderation Confech gegenüber der Zeitung El Ciudadano: „Die Privatisierung der Bildung auf kontinentaler Ebene wird heute von der Weltbank und der OECD vorangetrieben. Wir glauben, dass das kapitalistische System in einer Krise steckt, deshalb müssen wir das Öffentliche in unseren Universitäten und unseren Leben zurückgewinnen."

Auch im Europa der Krise ist das bestimmt ein wichtiger Denkanstoß. Gerade jetzt, wo die Konsequenzen der Profitgier international agierender Konzerne und Banken und die Fatalität hemmungsloser Privatisierungen in einigen Ländern Europas erschreckende Deutlichkeit erlangen ist es doch bedeutend, über den Tellerrand des universitären Alltags zu blicken und auch Realitäten zu bemerken, die sich neben Campusleben und studentischer Selbstbeschäftigung abspielen. Denn vielleicht spielt es für die Welt in der ich lebe nicht nur eine Rolle, ob ich in meinem Hörsaal einen Sitzplatz bekomme, sondern auch, was ein Pfleger in einem von der Stadt Hamburg

privatisierten Altenheim verdient, der meine Oma abends einkremt, oder dass am Universitätsklinikum UKE sowie an anderen Hamburger Krankenhäusern gestreikt wird. Denn auch Deutschland kann mit Rekordergebnissen in sozialer Ungleichheit aufwarten. Seit 1990 nimmt diese nämlich im internationalen Vergleich überdurchschnittlich schnell zu. Auch das Armutsrisiko ist gestiegen. Jeder Siebente in Deutschland verfügt über weniger als 60 Prozent des mittleren Haushaltseinkommens. Dass das selektive Bildungssystem Deutschlands dazu maßgeblich beiträgt, wurde schon etliche Male diskutiert und festgestellt. Doch breiter Protest zeigt immer wieder: ich bin mit dem sozialen Druck, den die Gesellschaft in der ich lebe bei mir erzeugt, nicht allein. Probleme, die ich habe, weil es mich stresst, dass ich meine nächste Miete nicht zahlen kann, teilt auch ein auszubildender Altenpfleger bei Pflegen und Wohnen oder eine Kinokartenverkäuferin im Cinemaxx Wandsbek, die für eine Stunde Arbeit weniger Geld bekommt, als ihr Arbeitgeber mit einer Kinokarte verdient. Kürzungen an Geld und demokratischen Rechten haben vor allem in Griechenland, Portugal und Spanien schon in aller Schärfe stattgefunden, eine Welle von Generalstreiks wurde losgetreten und das politische Bild beginnt sich maßgeblich zu verändern. Überall in Europa wird man auch im Zuge der Politik von Fiskal- und Stabilitätspakt auf wirtschaftliche, politische und soziale Verschärfungen gefasst sein müssen. Hoffentlich gelingt es, diese geeint und solidarisch zu beantworten.

Das Beispiel Chile hat gezeigt: Soziale Bewegung macht man gemeinsam. Die Krise zeigt uns deutlich, mit wem.

GESCHICHTE WIEDERHOLT SICH

TEXT **RITA TIEMANN**

Die Fehler der Bildungspolitik von vor dreißig Jahren und heute

„Was seid ihr denn für eine Pussygeneration?“, fragte mich eine Mittfünfzigerin, als ich ihr von den Unterrichtsverhältnissen im Abitur berichtete. „Damals“, so begann sie, „waren wir immer zu viele, ob in der Schule oder danach. Ich kenne noch Klassensäle mit über 40 Schülern, überfüllte Hörsäle, überbuchte Kurse und irgendwie sind wir doch groß geworden. Ihr dürft euch nicht so anstellen, da mussten wir auch durch.“
Knirschend raunte ich durch meine Frontzähne. „Aber müssen sich Fehler denn wiederholen?“

Ich gehörte zu einer der ersten Generationen, die damals das Zentralabitur schrieb. Mathe schrieb ich zweimal, hatte sich 2009 in Hessen schließlich ein Fehler in die Klausur eingeschlichen. In der dreizehnten Klasse nahm ich zum ersten Mal das Dritte Reich im Geschichtsunterricht durch – kein Wunder, bei der Zeitnot, hatten wir doch schließlich insgesamt fünf (!) Mal die Französische Revolution im Lehrplan gehabt. Und wie war das mit Abi in acht Jahren? Die nachfolgenden Klassen jammerten.
Jetzt, knapp drei Jahre nach der letzten Prüfung, setze ich mich noch einmal mit den Problemen von damals auseinander. Anlass ist das letzte Semester, wo ich beispielsweise mit einer Gruppe von über 320 Studierenden im Foyer der Fakultät saß, weil unser Raum nur für 80 Personen ausgelegt war. Ich frage mich, wie kommt das und stoße bei meinen Recherchen wieder auf die Studentengeneration der 80er Jahre.
Ein Blick auf die damalige Hochschulpolitik zeigt einige mir gut bekannte Schlagworte auf. „Leistungsprinzip in Wirtschaft, Wissenschaft und Bildung, bedingt durch die internationale Konkurrenzsituation, dazu gezielte Begabtenförderung“. Befasst man sich eingehender mit der heutigen Hochschulpolitik, so wird man recht schnell auf ähnliche Wendungen kommen. Heute ist die Rede von „Standortkonkurrenz und Eliteuniversitäten“, also quasi von einer „Internationalen Konkurrenzsituation“ und „Begabtenförderung“, jedoch im Sinne einer Zugangsbeschränkung, also höheren NCs etc.
Die Hauptkritik am System von damals lautet, dass die Prognosen nur die niedriger werdende Geburtenrate berücksichtigten, die auf Dauer zu einer sinkenden Studentenzahl hätte führen sollen. Dass aber gleichzeitig die Studienneigung unter den jungen Menschen nach oben schnellte und die demografische Entwicklung überkompensierte, hatten die Entscheidungsträger nicht erwartet.
Ähnliche Konflikte finden wir heute vor. In vielen Bundesländern ist eine Schulzeitverkürzung auf 12 Jahre vollzogen, die dieses Jahr doppelte Abiturjahrgänge produziert. Statistiker erwarten pro Altersjahrgang noch mehr Studienanfänger. Dass der Wissenschaftsrat die Kosten für noch einmal 90.000 zusätzliche Erstsemester auf bis zu 2,3 Milliarden Euro jährlich beziffert, erwähne ich und erinnere, dass das Hochschulbudget nicht gestiegen ist, dafür aber Sparauflagen durchgesetzt wurden.
Glaubt man einem veröffentlichten Statement der Grünen vom 8. Mai, so sagte die Sprecherin der Bürgerschaftsfraktion, Eva Gümbel, dass die Universität Hamburg und die TU Harburg künftig ein Minus von rund sechs Millionen Euro jährlich verkraften müssten. Auch das erinnert mich an die 80er Jahre, als die Jungerwachsenen sich mit der Abschaffung des Schülerbafögs und der Umstellung des Studentenbafögs auf Komplettdarlehen herumschlagen mussten (viele von ihnen trugen noch nach der Jahrtausendwende ihre Schulden ab). Die Zahl der Studierenden sank ad hoc nicht wesentlich, auch konnten die notwendigen finanziellen Mittel für die Hochschulen nie adäquat angehoben werden.
Wind in meinen Segeln ist die Aussage von Prof. Andrea Wolter der Humboldt Universität in Berlin, dass die Studentenzahlen schon heute um rund ein Drittel höher sind, als vor 20 Jahren prognostiziert – während die Hochschulen mit Ressourcen auskommen müssen, die den veralteten Schätzungen entsprechen.
Was unserer Elterngeneration allerdings zum Vorteil gereichte, war immerhin, dass es den Jugendwahn, wie wir ihn kennen, in ihrem Studium noch nicht gab. Sehr präsent ist auch heute noch das Bild des Studenten, der über alle zeitlichen Verhältnisse hinweg locker zwölf Semester studierte. Ich liste ein paar Zeitungskommentare auf, die zeigen sollten, wie sich das Bild innerhalb der letzten drei Dekaden geändert hat: 13. November 1980, ein Kommentar in der ZEIT: „Es ist wahr: Die deutschen Studenten sind zu alt“. 4. November 1983, Überschrift in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung: „Seit zwanzig Jahren heißt es: Unsere Studenten sind zu alt“ (stimmt das, erklingt der Ruf nach dem schnellen Studium also mindestens seit 1963). 12. April 1988, Überschrift in der Münchner Abendzeitung: „Wer schnell studiert, kommt rasch an einen guten Job“. 16. Mai 2000, Überschrift in der Financial Times Deutschland: „Deutsche müssen schneller und besser studieren“. 28. April 2008, Überschrift im Spiegel: „Die Wirtschaft freut sich über die neuen Turbo-Absolventen“.
Ob es für uns als Studierende allerdings von Vorteil ist, eine „Turbo-Absolvierung“ anzuvisieren – gesundheitlich, psychisch oder in sonstiger Art – möchte ich stark bezweifeln. Gute Bildung kostet nun einmal Zeit und damit auch Geld. ■

STREITSCHRIFT GEGEN DIE STREIT-SCHRIFT GEGEN STREIK

TEXT **MICHA BECKER**

Als ich in der letzten Ausgabe der VMP9 die „Streitschrift gegen Streik“ gelesen hatte, war ich zuerst etwas angepisst wegen des einseitigen Bildes der „Streikbegeisterten“, das dort gemalt wurde - eine vermeintlich homogene Gruppe, die ich bislang bei Streiks so nicht vorgefunden habe. Ich muss allerdings zugeben, dass der Artikel - wenn man ihn einmal von den Spitzen in Richtung Studierendenschaft befreit liest - einige gute Argumente zu bieten hat. Allen voran das Argument, dass „doch niemand ernsthaft [glaube], dass die Studiengebühren abgeschafft wurden, weil der Fachbereich Sozialökonomie fast einen Monat lang (!) lahm gelegt war.“ Stimmt! Das glaubt wirklich niemand. Allerdings wäre mir auch neu, dass jemand diese Argumentation vertritt. Wenn doch, würde dies lediglich davon zeugen, dass die Öffentlichkeitswirksamkeit eines Streiks weit überschätzt wird.

Ein Streik ist vor allem eins: ein Störenfried! Niemand mag den Streik! Urplötzlich kommt er wieder über uns, hält uns vom studentischen Regelbetrieb ab, es gibt viel Gezanke, es hagelt Vorwürfe in alle Richtungen, die Aktiven stehen danach kurz vor dem mentalen Kollaps und am Ende stellt sich die berühmte Frage: Was hat das jetzt gebracht? Darüber hinaus stört er „administrative Dienstwege empfindlich“ – und vielleicht liegt genau da der Hund begraben. Daher möchte ich – auch entgegen der Behauptung, dass Studierende wohl nur im Sommer streiken – an den Streik im Wintersemester 2009/2010 erinnern. Ausgangspunkt war damals die demokratisch doch recht fragwürdige Installation des neuen Universitätspräsidenten, worauf die Studierenden mit drastischen Mitteln antworteten und den Laden komplett dicht machten. Neben der Einstellung des Lehrbetriebs wurde diesmal auch die Verwaltung aus dem Gebäude ausgesperrt. Letzteres erwies sich im weiteren Verlauf als das einzige effektive Druckmittel gegenüber dem Fakultätsrat, um ihn in eine Debatte in unserem Hörsaal zu drängen, um dort Stellung zur Besetzung der Arbeitsrechtsprofessuren zu beziehen. Ein Streik muss also stören. Ansonsten ist er einfach kein Streik.

Und ja, er nervt gewaltig! Er ist unkomfortabel für viele und kräftezehrend für einige. Und eine breite studentische Debatte über das Ob, das Für und das Wider, das Wie und Warum sollte jedenfalls vor dem Streik stattfinden und nicht erst, wenn die Hütte schon brennt.

Ein weiteres Argument, welches vermutlich genauso oft geführt wie belächelt wird, ist der durch den Streik entstehende zeitliche Freiraum. Dieser nun wird von den Studierenden sehr unterschiedlich wahrgenommen, denn wie Frau Ranft sehr treffend bemerkte, stehen die Studierenden „heute unter einem ganz anderen Druck als noch vor, sagen wir einmal, fünfzehn Jahren.“ Wer in dieser Situation die gewonnene Zeit nutzt – sei es zur inhaltlichen Aufarbeitung des bisherigen Semesters, zur vermehrten Erwerbsarbeit, zum spontanen Badeurlaub oder zum Wegwischen der eigenen Kotze aus dem Hamsterrad – dem_der sei es meinetwegen gegönnt. Allerdings finden sich in dieser Zeit auch immer wieder viele Studierende zusammen, um die hochschulpolitischen Debatten kritisch zu begleiten. Eine rein quantitative Betrachtung lässt den Schluss zu, dass sich durch einen Streik mehr Menschen an diesen Debatten beteiligen als ohne Streik. Um die Qualität muss man streiten.

Auf der inhaltlichen Ebene, dass es nun gilt, „ein überzeugendes, von allen seinen Mitgliedern vertretbares inhaltliches Konzept“ für den Fachbereich Sozialökonomie zu finden, stimme ich Frau Ranft zu. Eine demokratische Debatte über die wissenschaftliche Ausrichtung der Sozialökonomie – steht fett unterstrichen auf meinem Wunschzettel! Doch sei an dieser Stelle daran erinnert – und der Verweis auf J. Ahrens scheint mir gegenwärtig leider notwendig –, dass Wissenschaft und Demokratie u. a. eines gemeinsam haben: in beiden sind öffentliche Begründungen absolute Voraussetzung. Ein Konsens ohne öffentliche Begründungen ist eine Eigenschaft des Mobs. ■

GdFF
Gesellschaft der Freunde und Förderer des Fachbereichs Sozialökonomie (vormals HWP) e. V.

Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Finale 2012

Die GdFF – Gesellschaft der Freunde und Förderer des Fachbereichs Sozialökonomie (vormals HWP) e.V. – prämiert:

1.000,- € für Deine Bachelorarbeit?

Die besten interdisziplinären Bachelorarbeiten

Einsendeschluss ist der 01. Oktober 2012

1. Preis 1000,- €
2. Preis 500,- €
3. Preis 250,- €

Teilnahmebedingungen:

Wer darf teilnehmen? Teilnehmen können alle aktuellen sowie ehemaligen Studierenden des B.A. Sozialökonomie, deren Bachelorarbeit im Zeitraum vom 16.07.2011 bis 15.07.2012 mit 2,0 oder besser benotet wurde. | **Was darf eingereicht werden?** Jeder Teilnehmer / jede Teilnehmerin kann mit seiner / ihrer Bachelorarbeit teilnehmen, sofern diese mehr als eines der Studienfächer der Sozialökonomie behandelt. Der Bachelorarbeit muss eine Kopie des Gutachtens sowie eine 3-seitige Zusammenfassung der Arbeit (Ziele der Arbeit, Vorgehen, Inhalte, Ergebnisse) beiliegen. Jeder Beitrag muss elektronisch über die Email-Adresse **Selda.Er@wiso.uni-hamburg.de** eingereicht werden. Der Beitrag muss im PDF-Format abgespeichert sein und darf eine Dateigröße von 2 MB nicht überschreiten. Per Post eingereichte Beiträge werden nicht zugelassen. Die Teilnahme ist ausschließlich über die o.g. Email-Adresse möglich. Anderweitig eingesandte Beiträge werden nicht zurückgeschickt. Der Veranstalter behält sich vor, eingesandte Beiträge ohne Angabe von Gründen aus dem Wettbewerb auszuschließen. | **Wann muss eingereicht werden? Einsendeschluss ist der 01.10.2012.** | **Kennzeichnung der Arbeit:** Der eingereichte Beitrag wird mit den dabei gemachten Angaben – postalische Adresse Email-Adresse, Titel der Arbeit, Note des Gutachtens und Datum der Übermittlung - versehen und auf diese Weise in einer speziellen Datenbank gespeichert. Die Teilnehmer erklären sich mit der Nutzung und Speicherung ihrer Daten zu Zwecken der Präsentation durch den Veranstalter einverstanden. | **Urheberrechte:** Der Teilnehmer / die Teilnehmerin versichert, dass er oder sie über alle Rechte an der eingereichten Arbeit verfügt, dass die Arbeit frei von Rechten Dritter ist sowie dass darin keine Persönlichkeitsrechte verletzt werden. Falls in der Arbeit Rückschlüsse auf Personen oder Organisationen möglich sind, müssen die Betreffenden damit einverstanden sein, dass die Arbeit veröffentlicht wird. Der Teilnehmer / die Teilnehmerin wird Vorstehendes auf Wunsch schriftlich versichern. Sollten dennoch Dritte Ansprüche wegen Verletzung ihrer Rechte geltend machen, so stellt der Teilnehmer / die Teilnehmerin die Veranstalter von allen Ansprüchen frei. | **Haftung:** Es wird keine Haftung für den Verlust oder eventuelle Beschädigungen an den eingereichten Arbeiten übernommen. | **Rechtseinräumung:** Jeder Teilnehmer / jede Teilnehmerin räumt dem Veranstalter die räumlich, zeitlich und inhaltlich unbeschränkten, nicht ausschließlichen Nutzungsrechte zum Zwecke der Präsentation, der Berichterstattung darüber (unabhängig davon in welchen Medien, also u. a. Print und Online) sowie der Öffentlichkeitsarbeit ein. | **Datenschutz:** Die von den Einsendern eingereichte Arbeit kann an beteiligte und unbeteiligte Dritte weitergegeben werden. Der Teilnehmer erklärt sich ausdrücklich hiermit einverstanden. | **Kontakt:** Die Teilnehmer erklären sich damit einverstanden, von der Gesellschaft der Freunde und Förderer des Fachbereichs Sozialökonomie (vormals HWP) e.V. oder dem Fachbereich Sozialökonomie der Universität Hamburg über den Verlauf der Aktion "Finale" informiert zu werden. Die Preisverleihung erfolgt öffentlich im Verlauf der jeweils nachfolgenden Absolventenfeier. | **Rechtsmittel:** Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Mitglied werden!
Anmeldung unter **www.gdff.de**

GdFF
Gesellschaft der Freunde und Förderer des Fachbereichs Sozialökonomie (vormals HWP) e.V.

Mitglied werden in der GdFF

Warum lohnt es sich, Mitglied der GdFF – Gesellschaft der Freunde und Förderer des Fachbereichs Sozialökonomie (vormals HWP) e.V. zu werden, obwohl die HWP als Fachbereich Sozialökonomie in die WiSo-Fakultät der Universität Hamburg eingegliedert wurde?

- Sie helfen mit, das bewährte interdisziplinäre und praxisbezogene Studienmodell der früheren HWP auch unter veränderten institutionellen Bedingungen zu erhalten.
Sie tragen dazu bei, den offenen Hochschulzugang über eine Aufnahmeprüfung, was immer Markenzeichen der HWP war, zu bewahren.

- Mitglieder der GdFF sind vor allem Absolventinnen und Absolventen der HWP und ihrer Vorgängereinrichtungen, aber auch Studierende, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler am neuen Fachbereich sowie anderer Universitäten und Beschäftigte aus den Bereichen Technik und Verwaltung des Fachbereichs. Darüber hinaus unterstützen zahlreiche weitere Personen und Institutionen die GdFF durch ihre Mitgliedschaft.

- Die Gdff will das vorhandene Netzwerk weiter ausbauen. Dazu dienen die regelmäßigen Mitgliederrundbriefe sowie Newsletter an alle Mitglieder, die diese Form der Kommunikation bevorzugen. Der Kontakt zur ehemaligen HWP, dem Fachbereich Sozialökonomie in der Fakultät für Wirtschaft und Sozialwissenschaften, bleibt dadurch bestehen und kann für ein persönliches und berufliches Netzwerk genutzt werden.

+++ Mitmachen +++ Mitschreiben +++ Mitgestalten +++ Mitreden +++ Mitfotografieren +++ Mitlachen +++

ump9 GESTALTEN – MACH' MIT!

Kreativer Kopf, kritischer Geist oder guter Beobachter - eure Meinungen, Ideen, Fotos, Dozentensprüche ... sind bei uns immer gern gesehen!
Findet uns auf Facebook!

Mitdiskuti +++ Mitreden +++ Mitfeiern